

sozial

DIE MITGLIEDERZEITSCHRIFT DES
PARITÄTISCHEN SCHLESWIG-HOLSTEIN #2/26



Teilnehmer des Programms „Menschen stärken Menschen“ bei UTS e.V.

Schwerpunkt „(Anti-)Diskriminierung“



Allyship und Powersharing Seite 5

Kultursensible Pflege Seite 15

Erster Kinderrechte-Gipfel in Schleswig-Holstein Seite 16

Editorial

Liebe Leser*innen,

es gibt Momente, in denen Fakten eigentlich für sich sprechen sollten. Dieser ist einer davon: Im Februar wurde die InRa-Studie veröffentlicht – eine der bislang umfangreichsten Untersuchungen zu Rassismus in deutschen Behörden, beauftragt durch Beschluss des Deutschen Bundestages. Ihr Ergebnis ist eindeutig: Strukturelle rassistische Diskriminierung ist im behördlichen Handeln kein Randphänomen. Jede fünfte Anfrage bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes betrifft diesen Bereich. Mehr dazu lesen Sie im Beitrag unseres Fachreferats Migration in dieser Ausgabe.

Bestürzend ist, was die Studie über das Schweigen der Betroffenen sagt: 56 Prozent wenden sich gar nicht erst an eine Beschwerdestelle – weil sie davon ausgehen, dass eine Beschwerde ohnehin folgenlos bleibt. 66 Prozent leiden unter Versagensangst oder Selbstzweifeln, 35 Prozent geraten noch Jahre später in Angstzustände. Das sind keine abstrakten Zahlen. Das sind Menschen. Menschen, die Schutz verdienen – vor allem dann, wenn sie diesen Schutz im Kontakt mit dem Staat suchen.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz schützt Menschen vor Diskriminierung – aber ausdrücklich nicht im Verhältnis zwischen Bürger*innen und Behörden. Diese Schutzlücke ist seit Jahren bekannt. Sie zu schließen, ist keine ideologische Forderung, sondern ein rechtsstaatliches Gebot. Vier Bundesländer haben das erkannt. Berlin hat bereits 2020 ein Landesantidiskriminierungsgesetz verabschiedet – und fünf Jahre Praxis zeigen: Die Schreckensszenarien der Kritiker*innen sind nicht eingetreten. Keine Klagewelle, kein Generalverdacht, kein Chaos. Rheinland-Pfalz zog Anfang 2026 nach, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein arbeiten an eigenen Entwürfen. Die Richtung stimmt. Was jedoch zählt, ist die Substanz.

In Schleswig-Holstein wurde seit Bekanntwerden so lange am Gesetzentwurf gerüttelt, bis kaum noch Substanz übrigblieb. Staatsanwaltschaften sind ausgenommen, die Polizei teilweise, Gemeinden, Kreise und Ämter gänzlich. Die ursprünglich vorgesehene Beweislastumkehr wurde bis zur Unkenntlichkeit entschärft. Was bleibt, ist ein Gesetz mit vielen Ausnahmen – und wenig Schutzwirkung für genau jene Menschen, die sie am dringendsten brauchen. Dass bestehende Instrumente ausreichen, behaupten manche. Die InRa-Studie widerlegt das.

Als PARITÄTISCHER Schleswig-Holstein stehen wir für eine offene, vielfältige und solidarische Gesellschaft. Wir wissen: Diskriminierung trifft nicht abstrakte Gruppen. Sie trifft Menschen. Sie beschädigt Vertrauen und kostet Würde. Deshalb fordern wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das mit echter Schutzwirkung ausgestattet ist – nicht mit Ausnahmekatalogen, die es aushöhlen. Schleswig-Holstein hat die Chance, ein Zeichen zu setzen. Dafür braucht es eine Politik, die bereit ist, auch dann standzuhalten, wenn Gegenwind kommt. Auch wir kennen Gegenwind. Und wir wissen: Wer für Menschenwürde eintritt, darf nicht nachgeben.

Ihr



Michael Saitner
Geschäftsführender Vorstand
0431 56 02 – 10
vorstand@paritaet-sh.org

Bildverzeichnis

Cover: © UTS e.V.
Seite 3: Fenja Hardel
Seite 11: © Frank Peter, Kinderschutzbund Schleswig-Holstein
Seite 19: © Fenja Hardel
Seite 27: © Brücke Schleswig-Holstein gGmbH
Alle weiteren Fotos & Abbildungen: © PARITÄTISCHER SH

Kein Exemplar mehr bekommen?
Ein Download der *sozial* als PDF ist möglich unter:
<https://paritaet-sh.org/aktuelles/publikationen>

Klimaneutrales Druckprodukt: Kompensation von Treibhausgasemissionen durch zusätzliche Klimaschutzprojekte.
Der PARITÄTISCHE SH unterstützt mit ClimatePartner Aufforstung und Umbau deutscher Wälder.



Impressum

Herausgeber
Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein e.V.
Geschäftsführender Vorstand: Michael Saitner
Zum Brook 4
24143 Kiel
<https://paritaet-sh.org>

Redaktion & Lektorat
Julia Bousboa, bousboa@paritaet-sh.org
Konzept & Gestaltung
Bucharchitektur \ Kathrin Schmuck, Kiel
Mitarbeit: Paul Eichholtz
Korrektorat
Miriam Seifert-Waibel, Hamburg
Lithografie
Falk Messerschmidt, Leipzig

Druck
Schmidt & Klaunig GmbH, Kiel
Papier
Cover: Circleoffset White, 250 g/qm
Inhalt: Circleoffset White, 100 g/qm
FSC®-zertifiziert

ISSN 2700-0168
© Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein e.V., 08/2026

Inhaltsverzeichnis

- 1 Editorial
- 3 Schwerpunkt: (Anti-)Diskriminierung**
- 11 Gesellschaft**
 - 12 Teilhabe & Pflege
 - 16 Kinder & Jugendliche
 - 17 Migration & Flucht
 - 18 Frauen & Queeres Leben
- 19 Engagement**
 - 20 Freiwilligendienste
 - 22 EUTB & KIBIS
 - 23 Zivilgesellschaftliches Engagement
 - 26 Förderung
- 27 Soziale Arbeit**
 - 28 Qualität & Fortbildung
 - 31 Wir schnacken sozial
- 32 Neuigkeiten aus dem Verband

Schwerpunkt: (Anti)-Diskriminierung

Bei der Abschlussveranstaltung der ersten AMIF-Förderphase von LaNeMo war auch Sozialministerin Aminata Touré zu Gast.



Antidiskriminierungs- gesetze in Bund und Land

Wenn da mehr als ein bisschen Luft nach oben ist

Im Mai 2026 legte die Bundesregierung ihren Reformvorschlag für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vor. Die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman, kritisierte den überarbeiteten Entwurf als „ambitionslos“ und das Beteiligungsverfahren als unzureichend. Kern der Kritik ist, dass im neuen Gesetzentwurf nach wie vor kein Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen gewährleistet wird, dabei geschieht „jeder fünfte gemeldete Diskriminierungsfall [...] im Umgang mit staatlichen Einrichtungen“.

Dies wurde unlängst in der groß angelegten, vom Bundesministerium des Innern beauftragten InRa-Verbundstudie (Institutionen & Rassismus) nachgewiesen: Sie hat seit 2022 in 23 Teilprojekten untersucht, wie Rassismus in staatlichen Institutionen wirkt. Das Ergebnis: „Rassismus in staatlichen Institutionen ist kein Randphänomen, sondern berührt zentrale Fragen rechtsstaatlicher Gleichbehandlung.“ Besonders fragwürdig war der Umgang mit dem Abschlussbericht dieser Studie: Ihre Ergebnisse wurden politisch kaum aufgegriffen und, ohne wie sonst die Presse zu informieren, online veröffentlicht – begleitet von distanzierenden Stellungnahmen.

Und damit schließt sich der Kreis mit der unzureichenden AGG-Reform: Wie die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen betont, ist das AGG „keine bürokratische Formalität, sondern eine strukturelle Voraussetzung für Teilhabe und Zugehörigkeit. Es ist eine Säule der Willkommenskultur.“ Als Teil des Bündnisses AGG-Reform – Jetzt! fordert sie „substanzielle Nachbesserungen“, unter anderem die Verlängerung der Geltendmachungsfrist von im Entwurf vorgesehenen vier Monaten auf ein Jahr, die Einführung des Verbandsklagerechts, damit Organisationen stellvertretend für Betroffene klagen können, und die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes auf öffentliche Stellen.

Diese Forderungen sollten auch dem Gesetzgebungsverfahren in Schleswig-Holstein, das die Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung Aminata Touré Anfang Mai dieses Jahres angekündigt

hat, als Maßgabe gelten: „Ziel ist es, Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner im Kontakt mit Behörden wirksam vor Diskriminierung zu schützen und zugleich das Vertrauen in die Verwaltung zu stärken [...]. Geplant ist ein klarer Rechtsrahmen für diskriminierungsfreies Handeln der öffentlichen Stellen des Landes.“

Die Widerstände aus unterschiedlichen Richtungen gegen das geplante Gesetz, noch bevor ein offizieller Entwurf auf dem Tisch lag, beschäftigen uns: Sollte es nicht im Interesse von öffentlichen Stellen selbst liegen, diskriminierendes Verhalten in den eigenen Reihen wirksam abzubauen? Und sollte es sich nur um Einzelfälle handeln – na, umso besser! Dann würde das Gesetz doch das Vertrauen in den Beamtenapparat stärken.

= Rassismus in staatlichen Institutionen ist kein Randphänomen, sondern berührt zentrale Fragen rechtsstaatlicher Gleichbehandlung.

Wir schließen uns den Forderungen, die im Abschlussbericht der oben zitierten InRa-Studie formuliert sind, vollumfänglich an: Schleswig-Holstein braucht

- verbindliche Antirassismus-Strategien mit klaren Zuständigkeiten und Ressourcen,
- unabhängige, niedrigschwellige Beschwerdestellen für rassistische Vorfälle,
- systematische, verpflichtende Fortbildungen zu Rassismus und diskriminierungssensibler Verwaltung,
- und die Beteiligung von Selbstorganisationen rassistisch diskriminierter Personen bei Entwicklung und Evaluation von Maßnahmen.

Und all das am besten, bevor sich die Aushandlungsarena im Landtag nach den Wahlen 2027 maßgeblich ändern wird. •

Verbunden-Sein ist mehr, als nur eine Flagge zu hissen

Was bedeuten Allyship und Powersharing?

Wenn wir gegen Diskriminierung eintreten wollen, dann beginnt das bei der Frage danach, wer über Stimme, Sichtbarkeit und Ressourcen verfügt und wer nicht. Zwei Begriffe, die in diesem Zusammenhang immer wieder auftauchen sind Allyship und Powersharing. Beide erfolgen oft in guter Absicht, aber es lohnt sich ein kritischer Blick. Denn nur weil etwas draufsteht, ist es noch lange nicht drin.

Allyship (Verbündetenschaft) ist der aktive, fortlaufende Prozess, in dem privilegierte Personen von Diskriminierung betroffene Menschen unterstützen. Entscheidend ist das Wort „aktiv“. Allyship ist keine passive Sympathie, sondern gelebte Praxis. Sie heißt, Ungerechtigkeiten zu benennen, die eigenen Privilegien zu reflektieren und auch dann einzutreten, wenn es unbequem wird. Der Begriff wurzelt in den US-Bürgerrechtsbewegungen der 1950er/60er Jahre und wurde durch Black Lives Matter ab 2013 weltweit bekannter.

= Wer sich öffentlich als Ally bezeichnet, rückt sich selbst ins Zentrum und verschiebt den Fokus weg von den Betroffenen.

Mit der Popularität aber beginnt die eigentliche Bedeutung zu verschwimmen. Das größte Risiko ist performativer Aktivismus. Das heißt, dass Solidarität vor allem der eigenen Sichtbarkeit dient, zum Beispiel durch ein Profilbild in Regenbogenfarben oder eine folgenlose Schweigeminute. Damit bleibt Allyship wirkungslos. Hinzu kommt: Wer sich öffentlich als Ally bezeichnet, rückt sich selbst ins Zentrum und verschiebt den Fokus weg von den Betroffenen. Zugegeben ein Paradox. Wichtig ist, dass Allyship strukturignorant bleibt, solange es nicht hinterfragt, welche Verhältnisse Diskriminierung erst ermöglichen.

Powersharing (Macht teilen) ist das Gegenteil zu Empowerment: Wo sich Menschen Handlungsfähigkeit gegen die eigene Machtlosigkeit erkämpfen, teilen beim Powersharing Privilegierte ihre Macht. Konkret heißt das, Ressourcen für das Empowerment marginalisierter Gruppen bereitzustellen, ohne über deren Verwendung zu bestimmen. Das können materielle Ressourcen sein wie Zeit, Raum oder Geld oder immaterielle wie Öffentlichkeit, Status und Kompetenzen. Diese sind getragen von Solidarität, nicht von Vereinnahmung. Powersharing ist erst eingelöst, wenn die Entscheidungsmacht tatsächlich übergeht. Die Herausforderung dabei ist, auszuhalten, dass Menschen anders entscheiden, als man es selbst für richtig hält.

= Solidarische Praxis braucht den Perspektivwechsel, marginalisierte Menschen in ihrer Stärke anzuerkennen.

Auch Powersharing hat Fallstricke. Zentrale Gefahren sind Paternalismus und das koloniale Denkmuster des „Gutes tun“. Wer teilt, kann unbemerkt die Definitionsmacht behalten und reproduziert das zu überwindende Gefälle. Solidarische Praxis aber braucht den Perspektivwechsel, marginalisierte Menschen nicht nur als Opfer, sondern in ihrer Stärke anzuerkennen.

Allyship und Powersharing sind keine Alternativen, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Allyship ist die Haltung, das Eintreten, Benennen, Zuhören. Powersharing ist die strukturelle Konsequenz, bedeutet Platz machen, die Entscheidungsmacht abgeben, Ressourcen umverteilen. Ohne Powersharing bleibt Allyship oft das, was es überwinden will: nur ein Verhältnis, in dem Privilegierte bestimmen, wann sie helfen. Echte Verbündetenschaft fragt: Welche Macht habe ich und bin ich bereit, sie zu teilen? Für die Wohlfahrt ist das ein Prüfstein der Glaubwürdigkeit. •



Das Projekt „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein unterstützt Vereine, Gruppen und Initiativen dabei, sich gegen demokratiefeindliche Angriffe zu wappnen.



Leseempfehlungen
Powersharing und Allyship



Berenike Pokatis
0431 56 02 – 44
pokatis@paritaet-sh.org



Melanie Kroll
0431 56 02 – 74
kroll@paritaet-sh.org

Der „Meno - Kompass“

Eine Sprechstunde für die Wechseljahre
vom Studentenwerk Schleswig-Holstein

Hitzewallungen, Stimmungsschwankungen, Konzentrationsbeschwerden – die Wechseljahre können sich bei Frauen durch unterschiedliche Symptome bemerkbar machen. Bei einigen sind diese so stark, dass sie erheblichen Einfluss auf Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz haben. Obwohl alle Frauen die Wechseljahre durchlaufen, sind sie bis heute tabuisiert. Fragen bleiben unbeantwortet, Beschwerden werden einfach hingenommen. Im betrieblichen Gesundheitsmanagement vieler Arbeitgebender spielt das Thema kaum eine Rolle.

Seit Mai 2026 bietet das Studentenwerk Schleswig-Holstein als eines der ersten Unternehmen in Deutschland seinen Mitarbeiterinnen eine eigene Sprechstunde rund um die Wechseljahre an. Auslöser für den „Meno-Kompass“ war eine Studie, die Anna Schikowski, Leiterin des Betrieblichen Gesundheitsmanagements, 2025 im Unternehmen durchgeführt hat. Im Rahmen ihrer Masterarbeit befragte sie Mitarbeiterinnen zu Wechseljahren am Arbeitsplatz.

■ **Die Studie im Studentenwerk machte deutlich, wie tabuisiert die Menopause in der Gesellschaft weiterhin ist.**

Die Ergebnisse zeigen, wie stark viele Frauen betroffen sind: Rund 40 Prozent der Befragten berichteten von mäßigen Beschwerden, etwa 49 Prozent sogar von schweren Beschwerden während der Menopause. Während ein großer Teil der Befragten das eigene Wissen über Symptome und Auswirkungen überwiegend positiv einschätzt, sieht es bei den Präventionsmaßnahmen anders aus: Rund 44 Prozent bewerten diese negativ. Viele Frauen leiden unter Beschwerden, wissen jedoch nicht, wie sich die Symptome lindern lassen.

„Hier setzt der Meno-Kompass an“, erzählt Anna Schikowski. „Viele Frauen stellen sich ganz

einfache Fragen zu den Wechseljahren: Was passiert genau in meinem Körper? Sind meine Beschwerden normal? Was könnte helfen?“ In der Sprechstunde erhalten die Teilnehmerinnen Informationen zu den Wechseljahren, ihrem Verlauf und möglichen Symptomen. Mithilfe eines Fragebogens werden Beschwerden und Intensität erfasst. Auf Grundlage der Ergebnisse unterstützt Anna Schikowski mit Tipps zur Linderung der Symptome und verweist bei Bedarf an Fachärzt*innen oder weitere Beratungsangebote. Die Studie im Studentenwerk machte zudem deutlich, wie tabuisiert die Menopause in der Gesellschaft weiterhin ist. Obwohl viele Frauen unter Beschwerden leiden, geht etwa die Hälfte dennoch arbeiten. Das Thema am Arbeitsplatz offen anzusprechen, traut sich nur ein kleiner Teil der Betroffenen. Gleichzeitig ist der Wunsch groß, die Wechseljahre im Arbeitsalltag sichtbarer zu machen. Die Sprechstunde soll im Studentenwerk daher auch dazu beitragen, die Menopause stärker in den Fokus zu rücken. Anna Schikowski ermutigt die Mitarbeiterinnen, das Thema offen im Team und gegenüber der Führungskraft anzusprechen.

„Nur wenn Kolleginnen darüber sprechen, was sie benötigen, um ihre Arbeit besser bewältigen zu können, können Führungskräfte und Teams darauf eingehen. Wir leben im Studentenwerk einen offenen Umgang miteinander, und es liegt uns am Herzen, dass sich unsere Mitarbeitenden wohlfühlen. Dazu gehört auch, die Arbeitsbedingungen an die Bedürfnisse von Frauen in den Wechseljahren anzupassen. Das kann zum Beispiel bedeuten, Aufgaben oder Arbeitszeiten individuell zu verändern.“

Neben dem „Meno-Kompass“ hat Anna Schikowski außerdem einen Online-Vortrag für Mitarbeiterinnen zu den Wechseljahren organisiert. Ein weiterer Schritt des Studentenwerks, um besser über die Wechseljahre aufzuklären und das Thema sichtbarer zu machen – nicht nur im privaten Umfeld, sondern auch am Arbeitsplatz. •

Kleine Menschen, großes Machtgefälle

Adultismus als Diskriminierungsform

Vielleicht kommen Ihnen die Sätze „Wenn der Kuchen redet, haben die Krümel Pause“ oder „Nicht weinen, das war doch gar nicht so schlimm“, aus der eigenen Kindheit bekannt vor. Dass es sich bei diesen Aussagen um die Ausprägung einer Diskriminierungsform handelt, mag vielen nicht bewusst sein. Daher möchten wir uns im Folgenden mit genau diesem Thema befassen: dem Adultismus – einer Herabsetzung von Kindern durch Erwachsene aufgrund ihres Alters.

■ **Kinder verinnerlichen, dass Erwachsene alles besser können und wissen – es fehlt ihnen an Vertrauen in die eigene Wahrnehmung und ihr Tun.**

Aussagen, wie die genannten, stellen eine hierarchische Ordnung auf, betonen und verstärken das ungleiche Machtverhältnis – häufig für beide Parteien unbewusst. Adultismus beschreibt eine gesellschaftlich akzeptierte Macht Erwachsener und auch Jugendlicher gegenüber Kindern aufgrund von besonderen gesetzlichen und sozioökonomischen Verantwortlichkeiten, Rechten und Privilegien – allesamt unverdient (Richter 2026, S. 27). Erwachsene sind generell körperlich stärker als Kinder, sie sind befähigt, andere zu versorgen, und Kinder sind darauf angewiesen und wünschen sich, von Erwachsenen versorgt zu werden (Flasher 1978; Richter 2026, S. 23). Adultismus geht über diese Fürsorgepflicht hinaus. Streichen Erwachsene Kindern beispielsweise ungefragt über die Haare, missachten sie körperliche Grenzen (ebd., S. 10). Auch die räumliche Umgebung verstärkt das Machtgefälle: Zum Beispiel sind Lichtschalter selbst in Kitas so angebracht, dass nur Größere diese betätigen können; Mülleimer auf Spielplätzen sind häufig außer Reichweite der kleinsten Mitbürger*innen. Werden Entscheidungen über die Köpfe der Kinder hinweg getroffen ohne Begründungen

darzulegen, Gefühle und Bedürfnisse abgetan oder Kinder einfach übergangen, weil Erwachsene es gut meinen oder vermeintlich besser wissen, erfahren Kinder Gefühle von Minderwertigkeit, Machtlosigkeit und Bedeutungslosigkeit.

In der Folge verinnerlichen Kinder, dass Erwachsene alles besser können und wissen – es fehlt ihnen an Vertrauen in die eigene Wahrnehmung und ihr Tun und sie verlieren den Mut, Dinge selbst anzugehen und auszuprobieren. Diese Effekte verschwinden kaum mit dem Entwachsen aus dem Kleinkindalter und können lange nachwirken – sei es nur in der Akzeptanz und dem Beibehalten dieses Machtgefälles und entsprechenden Sprach- und Verhaltensmustern.

An dieser Stelle ist es kaum möglich, ein vollumfängliches Bild von Adultismus in allen Facetten aufzuzeigen. Dennoch möchten wir hiermit für die Sensibilisierung werben. Gehen Sie ins Gespräch mit sich, mit Kolleg*innen, Freund*innen oder Verwandten. Überlegen Sie, wo und wie Sie selbst als Kind mit Adultismus konfrontiert wurden und welche Gefühle dadurch in Ihnen ausgelöst wurden und werden. Ein Umgang mit Kindern auf Augenhöhe gelingt, wenn es einen reflektierten und verantwortungsvollen Umgang mit dem Ungleichgewicht durch die Erwachsenen gibt. „Jedes Kind erfährt Adultismus, jeder Erwachsene gibt ihn weiter“ (ebd., S. 23).

Nur durch die aktive Auseinandersetzung kann der Kreislauf, in dem Kinder von klein auf erfahren, dass das Unterdrücken von vermeintlich kleineren, schwächeren Menschen ok ist, durchbrochen werden. Gleichzeitig braucht es ernst gemeinte Beteiligung der Kinder, um demokratische Strukturen für sie erfahrbar zu machen und zu zeigen: Deine Meinung zählt, egal wie alt du bist! •



Dr. Claudia Damke
0431 56 02 – 94
damke@paritaet-sh.org



Svenja Lassen
0431 56 02 – 37
lassen@paritaet-sh.org

Katharina Trebes
Studentenwerk
Schleswig-Holstein AöR
Westring 385, 24118 Kiel
0431 8816 – 136
trebes@studentenwerk.sh

Stärkung von Antidiskriminierung in Personalprozessen

Zwei Gesetzesnovellen

Aktuell stehen zwei zentrale Gesetzesänderungen mit unmittelbarer Relevanz für diskriminierungsfreie Personalprozesse an: Die Novelle im AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) befindet sich derzeit im parlamentarischen Gesetzgebungsprozess, ein Referentenentwurf von BMBFSFJ und BMJV liegt vor. Die eigentlich bis zum 7. Juni 2026 in deutsches Recht zu überführende EU-Entgelttransparenzrichtlinie (RL 2023/970/EU) wird voraussichtlich zum Jahresbeginn 2027 erfolgen. Ein Gesetzesentwurf zur Reform des Entgelttransparenzgesetzes aus 2017 liegt zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels noch nicht vor, trotzdem empfiehlt es sich, die geplanten Änderungen frühzeitig in die Wege zu leiten, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden – denn in vielen Unternehmen werden die neu definierten Vorgaben bereits jetzt als Standard umgesetzt und sorgen für Vertrauen bei Bewerber*innen.

■ Verschärft werden Beweislastregeln und Sanktionen: Arbeitgeber*innen müssen zukünftig nachweisen, dass keine Diskriminierung vorliegt.

dass keine Diskriminierung vorliegt, entgangene Entgelte sind ohne Obergrenze zu erstatten. Außerdem werden Kläger*innen durch qualifizierte Verbände in Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren unterstützt werden können.

Die AGG-Reform bringt mehrere praxisrelevante Anpassungen. Begrifflich wird „Alter“ in §§ 1, 10, 19 und 20 AGG durch „Lebensalter“ ersetzt – eine redaktionelle Klarstellung mit Wirkung: Berufseinsteiger*innen oder Quereinsteiger*innen können sich besser auf den Diskriminierungsschutz berufen, alters- und erfahrungsbezogene Anforderungen müssen entsprechend sorgfältiger begründet werden. Praxisrelevant ist auch die Verdopplung der Präklusionsfrist von zwei auf vier Monate (§§ 15 Abs. 4, 21 Abs. 5 AGG): Betroffene haben damit künftig doppelt so lange Zeit, Ansprüche geltend zu machen. Gestärkt wird zudem die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS): Arbeitgeber*innen können zur Teilnahme an einem Schlichtungsverfahren aufgefordert werden, die ADS kann Betroffene in Gerichtsverfahren als Beistand begleiten.

Was bedeutet das konkret für Personalverantwortliche? Kurzfristig empfiehlt es sich, alters- und erfahrungsbezogene Formulierungen wie „junges, dynamisches Team“, „digital native“ oder „Reife und Lebenserfahrung“ konsequent aus Stellenausschreibungen herauszuhalten. Ausschreibungen sollten grundsätzlich kompetenz- und anforderungsbezogen formuliert sein – nicht zeitbezogen, wenn das sachlich nicht notwendig ist. Auch geschlechtsneutrale Sprache sollte durchgängig umgesetzt werden. Parallel sollten Entgeltinformationen für künftige Stellenanzeigen vorbereitet sowie bestehende Entgeltsysteme systematisch überprüft sowie gegebenenfalls richtlinienkonform angepasst werden. Personalentscheidungen sind schriftlich zu begründen und sie sind mindestens vier Monate lang belastbar zu dokumentieren. Zugleich sollte eine interne Zuständigkeit für potenzielle Schlichtungsverfahren und – in größeren Betrieben – für die mittelfristige Umsetzung von geschlechtsbezogenen Entgeltanalysen und Berichtspflichten benannt werden.

Nach der Entgelttransparenzrichtlinie müssen Arbeitgeber*innen künftig voraussichtlich bereits vor dem Vorstellungsgespräch das Anfangsentgelt oder die Entgeltspanne der ausgeschriebenen Stelle angeben, in der Regel ist dies über die Ausschreibung zu lösen. Fragen nach der Gehaltshistorie von Bewerber*innen sind nicht mehr zulässig. Der individuelle Auskunftsanspruch wird gestärkt: Vergleichsgruppen müssen klar definiert, Informationen proaktiv bereitgestellt werden. Außerdem greifen zukünftig gestaffelt Berichtspflichten für große Betriebe ab 250 Mitarbeiter*innen. Verschärft werden zudem Beweislastregeln und Sanktionen: Arbeitgeber*innen müssen zukünftig nachweisen,

Für im Arbeitsmarkt marginalisierte Menschen – etwa mit kognitiven Beeinträchtigungen oder psychischen Erkrankungen – sind die Änderungen ein Fortschritt: Das kostenfreie ADS-Schlichtungsverfahren bietet eine niederschwellige Möglichkeit zur Rechtsdurchsetzung ohne sich durch Anwälte*innen vertreten lassen zu müssen. Die längere Präklusionsfrist gibt Betroffenen Zeit, Erfahrungen einzuordnen und Unterstützung zu organisieren – und entlastet auch begleitende Fachkräfte. Zur Unterstützung wären hier eine gesetzliche Prozessstandschaft durch die ADS – anstatt der vorgesehenen reinen Beistandschaft – sowie ein Verbandsklagerecht sinnvoll und angezeigt. Beides findet sich allerdings nicht im Gesetzesentwurf, was auch vom PARITÄTISCHEN Gesamtverband kritisiert wird.¹ Der PARITÄTISCHE kritisiert außerdem, dass Antidiskriminierung unzureichend auf staatliches Handeln angewandt wird, dass der Merkmalskatalog nicht erweitert wird und dass die Fristverlängerung auf vier Monate immer noch zu kurz greift. Fazit: Beide Gesetzesvorhaben sind hinsichtlich einer Stärkung von Diskriminierungsfreiheit grundsätzlich zu begrüßen. Ob das AGG insbesondere auch für schutzbedürftige Arbeitnehmer*innen und deren Rechtsdurchsetzung ausreicht, wird die konkrete Rechtsprechung zeigen. Über die noch ausstehende Veröffentlichung eines Gesetzesentwurfs zur Entgelttransparenz werden wir über unseren Verbandsnewsletter berichten. •

¹ Stellungnahme des PARITÄTISCHEN Gesamtverbands zum Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vom 13. April 2026

Der Gender Gap existiert auch digital

Welche Rolle spielt das Geschlecht bei digitaler Teilhabe? Dieser Frage näherte sich Luise Görlach, Expertin für Digitalisierung, bei der Veranstaltung „Digitalisierung – Frauen* vernetzen sich“ im Rahmen der DiWo 2026 beim Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.

Sie stellte eine Studie der Initiative D21 vor, die jährlich unter anderem den Digital Gender Gap in Deutschland untersucht. Demnach besteht beim Zugang, Nutzungsverhalten und der Offenheit gegenüber digitalen Tools eine Lücke von 2 Prozent zwischen Männern und Frauen, bei Digitalkompetenzen liegt sie bei 4 Prozent. Was nach wenig klingt, hat bedeutende Auswirkungen: Benachteiligung beim Arbeitsmarktzugang, Einkommensunterschiede, erhöhte Gefahr von digitaler Gewalt. Auch im Austausch der Teilnehmerinnen wurde dies deutlich – etwa die Kompetenzlücke nach längerer Erziehungspause.

Luise Gerlach empfiehlt deshalb, als Vorbild und Unterstützerin im eigenen Umfeld zu fungieren – auch ohne ein digitales Thema vollständig durchdrungen zu haben. Diese Empfehlung ist besonders relevant in sozialen Einrichtungen, wo Fachkräfte nicht nur gegenseitiges Vorbild im Umgang mit Digitalität sind, sondern auch gegenüber ihren Klient*innen.

Einrichtungen tragen Verantwortung, sie dabei strukturell zu unterstützen: Förderung von Fortbildungen zu digitalen und medienpädagogischen Themen, transparente Vergabe digitaler Endgeräte und Lizenzen, niederschwellige Anleitungen zu digitalen Tools sowie Räume zur kollegialen Hilfe bei technischen Problemen fördern das Kompetenzerleben. •



Format „Digitalisierung – Frauen* vernetzen sich“



Joanna Czerniawski
0431 56 02 – 21
czerniawski@paritaet-sh.org



Joanna Czerniawski
0431 56 02 – 21
czerniawski@paritaet-sh.org



Marcus Rietz
0431 56 02 – 19
rietz@paritaet-sh.org

Buchempfehlungen

Zum Schwerpunkt „(Anti-)Diskriminierung“



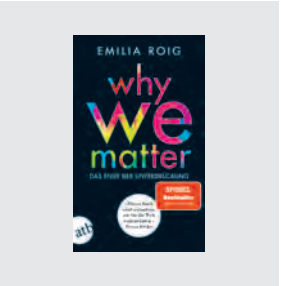
Das können wir uns nicht leisten
Miriam Davoudvandi,
btb Verlag, 18,00 €

Die Scham, nichts bieten zu können und nicht dazugehören, prägte Miriam Davoudvandi spätestens seit ihrer Einschulung – und sie ist bis heute ein Teil von ihr. Inzwischen ist sie sozial aufgestiegen und verdient mehr, als ihre Eltern es je taten. Ihr Fazit: Geld macht sogar sehr glücklich. Aber zu welchem Preis? Und welche Spuren haben ihre Erfahrungen hinterlassen? Miriam Davoudvandi blickt sie nicht nur auf die offensichtlichen Schauplätze von Armut, sondern auch auf Aspekte wie Dating, Freundschaften, Familiengründung und Psyche, auf die Bedeutung des Fernsehers und das Leben als erste Studierende der Familie. Und sie zeigt, warum arme Menschen sogar beim Sterben benachteiligt sind. Armut lässt sich vielleicht bemessen. Zahlen helfen jedoch nicht zu verstehen, wie sich Armut anfühlt und was sie langfristig mit Menschen macht.



Klasse
Laura Harvey, Sarah Leaney,
Danny Noble,
Unrast Verlag, 18,00 €

Was sagt Klasse über Gentrifizierung, prekäre Arbeitsverhältnisse, die Rolle von Eliten oder den Zugang zu Bildung aus? Welchen Einfluss hat Klasse auf Aktivismus und sozialen Wandel? Wie haben Denker*innen und Wissenschaftler*innen in der Vergangenheit auf Klasse geschaut und was hat das heute noch mit uns zu tun? *Klasse. Ein illustriertes Handbuch* ist eine unterhaltsame und zugleich erhellende Einführung für Studierende, Aktivist*innen und alle, die im sozialen Sektor tätig und zugange sind. Die Graphic Novel stellt eingefahrene und stigmatisierende Annahmen über die Arbeiterklasse infrage, nimmt kritisch die kolonialen Ursprünge des Klassensystems in den Fokus und durchleuchtet, wie sich Klasse mit Race, Gender, Disability und Alter überschneidet. Aktuell und erfrischend illustriert ist dieses Handbuch genau das Richtige auch für all jene, die wissen wollen, wie sich soziale Klasse auf das eigene Leben auswirkt.



Why We Matter
Emilia Roig,
Aufbau Verlage, 14,00 €

Emilia Roig ist Gründerin und Direktorin des Center for Intersectional Justice in Berlin. Sie promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Science Po Lyon. Sie lehrte in Deutschland, Frankreich und den USA Intersektionalität, Critical Race Theory und Postkoloniale Studien sowie Völkerrecht und Europarecht. Zudem hält sie europaweit Vorträge zu den Themen Intersektionalität, Feminismus, Rassismus, Diskriminierung, Vielfalt und Inklusion und ist Autorin zahlreicher Publikationen. In *Why we matter* deckt sie die Muster von Unterdrückung auf – in der Liebe, in der Ehe, an den Universitäten, in den Medien, im Gerichtssaal, im Beruf, im Gesundheitssystem und in der Justiz. Sie leitet zu radikaler Solidarität an und zeigt – auch anhand der Geschichte ihrer eigenen Familie –, wie Rassismus und Black Pride, Trauma und Auschwitz, Homofeindlichkeit und Queerness, Patriarchat und Feminismus aufeinanderprallen.



Wem gehört die Welt?
Julia Knop, Meike Töpperwien,
Herder Verlag, 39,00 €

Was ist Freiheit? Brauche ich die anderen? Wie viel wiegt ein Menschenleben? Wann ist endlich Frieden? Kleine und große neugierige Denker*innen ab acht Jahren sind in *Wem gehört die Welt?* eingeladen zum Mit- und Weiterdenken über die großen Fragen der Menschen. Konkrete Beispiele aus der aktuellen Lebenswelt, aus Geschichte, Philosophie und den Religionen machen für Kinder nachvollziehbar, wie Menschen sich verhalten und handeln sollten. Ein Buch für neugierige Kinder, die Spaß daran haben, Dinge zu hinterfragen und nach eigenen Antworten zu suchen. Die Autorin Julia Knop ist seit 2017 Professorin für Dogmatik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Erfurt. Meike Töpperwien hat Design an der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig studiert und arbeitet als Illustratorin und Grafikerin für verschiedene Verlage, Zeitschriften und Kulturinstitutionen.

Gesellschaft



Im Juni fand der erste Kinderrechte-Gipfel in Schleswig-Holstein statt, veranstaltet vom Kinderschutzbund SH und zahlreichen Partner*innen.

Im Mittelpunkt: Der Mensch

Antidemokratische Kräfte als Gefahr für Soziale Arbeit

Wie kann Soziale Arbeit ihre Grundwerte in Zeiten eines zunehmenden Erstarkens rechter Kräfte verteidigen? Dieser Frage widmete sich ein Fachgruppentag der Referate Eingliederungshilfe und Psychiatrie unter der Beteiligung von Selbstvertretungsorganisationen und Fachkräften aus dem Arbeitsfeld der Eingliederungshilfe.

Den Auftakt gestaltete Michaela Pries, Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung. Sie machte deutlich, dass politische Entscheidungen daran gemessen werden müssen, was im echten Leben der Menschen ankomme. Menschenrechte seien berechnete Ansprüche und dürften nicht als bloßer Kostenfaktor betrachtet werden. Es brauche Barrierefreiheit, zugängliche Verfahren und verbindliche Strukturen. Im Mittelpunkt: der Mensch. Denn politische Entscheidungen in der Eingliederungshilfe wirken unmittelbar auf Zugangsmöglichkeiten und Leistungen und somit direkt auf Selbstbestimmung und Teilhabe.

■ **Es geht nicht nur um die Verteidigung fachlicher, sondern vor allem auch menschenrechtlicher Grundlagen.**

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass viele Einrichtungen Kostendruck, Verunsicherung und wachsenden Rechtfertigungsdruck bereits heute erleben.

Einen zentralen inhaltlichen Schwerpunkt des Fachgruppentages bildete der Vortrag von Heike Roth aus dem Fachreferat Engagement und Demokratiestärkung. Sie analysierte, warum antidemokratische Positionen Menschen mit Behinderung stark gefährden, das Agieren entsprechender Parteien paradoxerweise trotzdem anschlussfähig sein kann. Prekäre Lebenssituationen, Unsicherheit und Vertrauensverlust begünstigten einfache Antworten. Hinzu kämen Desinformation, Feindbilder und autoritäre Erzählungen, die zur Identifikation einladen.

Soziale Arbeit basiert auf Menschenrechten, Inklusion, Solidarität und Bedarfsgerechtigkeit. Rechte Ideologien setzen dagegen auf Ausgrenzung, Leistungsdenken und nationale Zugehörigkeit. Damit geht es nicht nur um die Verteidigung fachlicher, sondern vor allem auch menschenrechtlicher Grundlagen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Angriffen gegen Fachkräfte, Ehrenamtliche und Organisationen. Diffamierung, Einschüchterung und Kampagnen sollen solidarische Strukturen schwächen. Im ländlichen Raum versuchen rechte Akteur*innen, soziale Räume zu besetzen. In der gemeinsamen Diskussion wurde deutlich, wie wichtig es ist, eigene Themen in den Mittelpunkt zu stellen und demokratische Werte klar zu vertreten.

Aus der kommunalpolitischen Praxis berichtete unsere Kreisvertreterin Wyonne Ulrich. Sie machte deutlich, wie wichtig enge Zusammenarbeit der Träger, Transparenz und die Stärkung von Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen sind. Netzwerke bieten Schutz, Orientierung und gemeinsame Handlungsfähigkeit. Es sei wichtig, sachlichen Konfrontationen nicht auszuweichen, sondern gut vorbereitet in die inhaltliche Diskussion zu gehen. Auch parlamentarische Anfragen und SLAPP-Klagen wurden thematisiert. Beide Instrumente können genutzt werden, um Organisationen unter Druck zu setzen, Informationen zu sammeln, Arbeit zu blockieren oder kritische Stimmen einzuschüchtern. Zudem wurde das Neutralitätsgebot eingeordnet: Es gilt für staatliche Stellen, nicht aber in gleicher Weise für gemeinnützige Organisationen. Es ergibt sich aus ihren Satzungszwecken und Zielgruppen, dass sie sich mehr denn je für Menschenrechte, Demokratie und Antidiskriminierung positionieren.

Der Fachgruppentag machte deutlich: Antidiskriminierung ist kein Randthema, sondern betrifft Soziale Arbeit im Kern. Haltung zeigen – das braucht es auch und vor allem im Konkreten und Alltag unserer Mitgliedsorganisationen. •



Danilo Bauer

0431 56 02 – 55
d.bauer@paritaet-sh.org

Neue Geschäftsführung bei Die Ostholsteiner

Interview mit Dr. Melanie Mahr

Welche Werte und Überzeugungen leiten Sie in Ihrer Arbeit?

Mein Gegenüber muss mir immer das Wichtigste bleiben – das ist wesentlich, um die Gestalter*innen des Systems an den richtigen Stellen zu fördern, aber auch zu fordern! Jeden Menschen in seiner Rolle und Funktion dort einzusetzen, wo er maximale Leistung aus sich herausholen kann, das aber auch zu erwarten. Dazu gehört sicher auch an der einen oder anderen Stelle Veränderung oder aber den Blick auf neue Herausforderungen zu lenken, wenn wir uns zu sehr eingerichtet haben. Hier gibt es für mich keinen Unterschied zwischen Mitarbeiter*innen mit und ohne Beeinträchtigung. Wir alle haben Rechte und Pflichten. Sich jedoch im Dienst anhand der eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten so einzubringen, dass wir wertschöpfend und ergebnisorientiert unsere Ziele erreichen, betrifft uns alle gleichermaßen.

■ **Inklusion ist nicht erst seit gestern in aller Munde, aber wir sind erst am Ziel, wenn wir diesen Begriff gar nicht mehr brauchen.**

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen und Chancen in der Eingliederungshilfe?

Die letzten 50 Jahre ist gesamtgesellschaftlich, aber vor allem auch politisch viel passiert. Der zunächst wohlwollende Gedanke, Menschen mit Beeinträchtigung alle Unterstützung zukommen zu lassen, die es braucht, darüber aber stark in der Fürsorge zu agieren, wurde abgelöst. Wir sind inzwischen von der Integration über die Beteiligung zur maximalen Teilhabe für Menschen mit Beeinträchtigung gelangt. Inklusion ist nicht erst seit gestern in aller Munde, ich darf aber sagen, dass wir erst am Ziel sind, wenn wir diesen Begriff gar nicht mehr brauchen. Selbstvertretungsgruppen

haben sich stark etabliert, so das Expert*innen in eigener Sache gesamtgesellschaftlich gemeinsam mit Verbänden eine starke Stimme haben. Das ist für mich auch ein wesentlicher Anker, um bestimmten politischen Meinungsäußerungen zu Menschen mit Beeinträchtigungen die Stirn zu bieten. Wir sind in einem demokratischen Setting starke Partner*innen und äußern uns mit lauter Stimme, vor allem aber über unser Handeln und unsere Präsenz. Mit der Einführung des BTHG 2017 sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für Entwicklung in den Systemen der Eingliederungshilfe, aber auch darüber hinaus gesetzt. Dieses Selbstbewusstsein und die Sichtbarkeit inmitten einer vielfältigen Gesellschaft sind inzwischen nicht mehr nur Chance, sondern gelebte Praxis.

Welche konkreten Ziele haben Sie für Ihr erstes Jahr?

Ich freue mich, dass Sie nach Zielen fragen, da wir unsere Arbeit nur dadurch messbar machen können. Diese Orientierung und Sicherheit brauchen wir alle und ich möchte sie vor allen Dingen den Betriebsangehörigen ermöglichen. Gleichzeitig gelingt uns durch das Setzen von Zielen ein systematisches, geordnetes Vorgehen auf dem für uns vorgesehenen Weg. Hierbei erwarte ich größtmöglichen Einsatz, Leistung und ein offensives Vorgehen aller Beteiligten – das entsprechende Setting und die Rahmenbedingungen zu schaffen. Dafür sehe ich mich vorrangig verantwortlich. Es gilt, mit Klarheit und Transparenz Entscheidungen zu treffen, die anstehen!

Das ist mein Kernauftrag als Geschäftsführerin: die Zahnräder ineinander greifen zu lassen, um die Dienstleistungsangebote für und von Menschen mit Beeinträchtigung und unseren Mitarbeiter*innen zu bewahren, anzupassen, zu verändern oder innovativ zu entwickeln.

Stellen Sie sich vor, Sie gehen jeden Tag gerne zur Arbeit, erleben sich und Ihr Tun gewinnbringend und schöpfen dabei Ihr volles Potenzial aus – diese Kultur und Haltung möchte ich mit den Mitarbeiter*innen für unser Unternehmen erreichen! •



Dr. Melanie Mahr

Die Ostholsteiner gGmbH
Siemensstr. 17, 23701 Eutin
04521 7993 – 19
mahr@die-ostholsteiner.de
www.die-ostholsteiner.de

Wer Digitalisierung für alle gestalten will, muss alle einbeziehen

Chancen nutzen, Hürden vermeiden

Schleswig-Holstein will die Verwaltung digitalisieren – schneller, effizienter, moderner. Das Digitalisierungsbeschleunigungsgesetz (DigiBeschlG) der Landesregierung verspricht mit den Once-only- und Digital-first-Prinzipien weniger Bürokratie und mit der Pflicht zur Nutzung eines Servicekontos eine effizientere Verwaltung. Doch lauern bei der Umsetzung Fallstricke, die Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Menschen mit Sprachbarrieren oder geringer Medienkompetenz ausschließen oder neue Barrieren schaffen können. Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Monaten den Gesetzgebungsprozess kritisch begleitet und deutlich gemacht: Die Chancen der Digitalisierung müssen konsequent genutzt und neue digitale Hürden unbedingt vermieden werden.

Das Herzstück des Gesetzes ist das Digital-first-Prinzip: Verwaltungsleistungen sollen künftig vorrangig digital abgewickelt werden. Der analoge Weg soll nicht mehr parallel vorgehalten werden. Was auf dem Papier nach einer schlanken Lösung klingt, birgt in der Praxis aber erhebliche Risiken, zum Beispiel für taube und taubblinde Menschen, für blinde und sehbehinderte Menschen, für Menschen mit kognitiven Einschränkungen oder auch ältere Menschen. Diese Personengruppen sind keine Randerscheinung. Sie sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft – und ihr gleichwertiger Zugang zur Verwaltung ist kein Bonus, sondern ein Recht. Daher sind aus Sicht des PARITÄTISCHEN und seinen Mitgliedsorganisationen besonders folgende Punkte wichtig.

Erstens: Ein gutes Gesetz entsteht nicht im Verwaltungsbüro allein. Wer Digitalisierung für alle gestalten will, muss alle einbeziehen – besonders diejenigen, die am häufigsten Unterstützung benötigen. Expert*innen in eigener Sache – also Menschen, die selbst Unterstützungsbedarf haben – müssen systematisch und dauerhaft in die Ausgestaltung, Umsetzung und Weiterentwicklung digitaler Verwaltungsangebote einbezogen werden. Denn nur wer die Realität dieser Lebenssituationen kennt, kann Prozesse gestalten, die tatsächlich funktionieren. Die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN und

der PARITÄTISCHE selbst stehen der Landesregierung dabei ausdrücklich als Partnerinnen und Vermittlerinnen zur Verfügung.

Zweitens: Die geplanten Unterstützungsleistungen (Assistenzen) für Menschen, die das Servicekonto nicht eigenständig nutzen können, müssen sowohl ausreichend qualifiziert und auch in ausreichender Anzahl bereitgestellt werden. Hierfür muss das Land sorgen.

■ **Sofern künftig algorithmische Entscheidungssysteme eingesetzt werden, müssen diese von Beginn an diskriminierungsfrei entwickelt werden.**

Drittens: Auf keinen Fall sollte es eine Nachweispflicht als Zugangsvoraussetzung für die Nutzung von Assistenz geben. Menschen mit Unterstützungsbedarf müssen Hilfe ohne Verzögerung und bürokratische Hürden erhalten.

Viertens: Sofern künftig algorithmische Entscheidungssysteme (ADM-Systeme) im Rahmen von Verwaltungsdigitalisierung eingesetzt werden, müssen diese von Beginn an diskriminierungsfrei entwickelt werden, transparent und überprüfbar sein, niedragschwellige Widerspruchsmöglichkeiten bieten und das Recht auf gerichtliche Überprüfung garantieren.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie ist dann erfolgreich, wenn sie das Leben der Menschen einfacher macht – aller Menschen. Das geplante Gesetz hat das Potenzial, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten. Aber dieses Potenzial kann nur dann ausgeschöpft werden, wenn das Gesetz und seine Umsetzung konsequent am Ziel gleichwertiger Zugänglichkeit ausgerichtet werden. •



Boy Büttner

0431 56 02 – 43

buettner@paritaet-sh.org

Pflege kennt keine Grenzen – aber noch zu viele Barrieren

Warum kultursensible Pflege keine Kür, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit ist

Schleswig-Holstein verändert sich – und das Pflegesystem muss in vielen Teilbereichen mithalten. Ein Feld, das bisher eher stiefmütterlich behandelt wird: Rund 502.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben heute im Land, das entspricht etwa 17 Prozent der Bevölkerung. Ein wachsender Anteil von ihnen ist über 65 Jahre alt und auf pflegerische Unterstützung angewiesen – bereits mehr als 110.000 Menschen. Tendenz steigend. Ihre Herkunftsländer sind divers, ihre Bedarfe ebenso.

Das Pflegesystem in Deutschland ist auf diese Bedarfe noch nicht ausreichend vorbereitet und das ist nicht nur ein organisatorisches Problem – es ist eine Frage von Gerechtigkeit und Würde.

Der Sachverständigenrat Gesundheit und Pflege hat es 2023 empirisch belegt: Menschen mit Migrationsgeschichte nehmen professionelle Pflegeleistungen deutlich seltener und später in Anspruch als der Rest der Bevölkerung. Das liegt nicht an mangelndem Bedarf – sondern an strukturellen Hürden. Sprachbarrieren erschweren den Zugang zu Informationen, etwa zu Ansprüchen aus der Pflegeversicherung. Kulturelle und religiöse Bedürfnisse – bei der Ernährung, der geschlechtsspezifischen Pflege, bei Gebetszeiten oder der Sterbebegleitung – bleiben in vielen Einrichtungen unberücksichtigt. Diskriminierungserfahrungen und Misstrauen gegenüber Institutionen tun ein Übriges. Das Deutsche Zentrum für Altersfragen zeigt, dass diese Barrieren zu verzögerter Inanspruchnahme, Missverständnissen in der Pflegeplanung und erhöhter Belastung pflegender Angehöriger führen. In stationären Einrichtungen droht zudem soziale Isolation, wenn vertraute Netzwerke fehlen.

Kultursensible Pflege bedeutet nicht, für jede Herkunftsgruppe ein eigenes Angebot zu schaffen. Es geht darum, pflegerische Versorgung so zu gestalten, dass kulturelle, sprachliche und religiöse Aspekte systematisch mitgedacht werden. Das kommt allen zugute: bessere Kommunikation, individuellere Betreuung, weniger Missverständnisse und Versorgungsabbrüche.

Für Einrichtungen zählt sich das auch strategisch aus: Wer Vielfalt ernst nimmt, wird als

Arbeitgeber*in attraktiver – in Zeiten des Fachkräftemangels ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Und gesellschaftlich gilt: Inklusive Strukturen in der Pflege stärken den Zusammenhalt. Sie senden das Signal, dass Würde im Alter nicht von der Herkunft abhängt.

Die rechtlichen Grundlagen existieren. Das Pflegeberufegesetz verankert interkulturelle Kompetenz als Lernziel. § 123 SGB XI ermöglicht die Förderung innovativer Versorgungsformen. Was fehlt, ist die konsequente Umsetzung in der Praxis – in Schulungen, in Strukturen, in Köpfen.

■ **Barrieren führen zu verzögerter Inanspruchnahme, Missverständnissen in der Pflegeplanung und erhöhter Belastung pflegender Angehöriger.**

Was konkret helfen kann: Schulungen, die Pflegefachkräfte und Leitungspersonal für interkulturelle und religiöse Bedarfe sensibilisieren; Sprachmittlung, die nicht beim ärztlichen Gespräch endet, sondern auch im Pflegealltag greift – bei der Aufnahme, der Pflegeplanung, in Krisenmomenten; Strukturen in Einrichtungen, die Vielfalt nicht als Ausnahme behandeln, sondern als Normalfall: mehrsprachige Informationen, kultursensible Standards in der Pflegeplanung, Vernetzung mit Migrantenselbstorganisationen. Und nicht zuletzt: der Wissenstransfer zwischen Einrichtungen, damit erprobte Ansätze nicht im Einzelfall verbleiben, sondern der ganzen Trägerlandschaft zugutekommen.

Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass kultursensible Pflege in ambulanten Diensten wie in stationären Einrichtungen verankert wird. Pflege ist dann gut, wenn sie den Menschen in den Mittelpunkt stellt und sich nicht an seiner Herkunft orientiert. Das ist keine Frage des guten Willens. Das ist eine Frage der Haltung – und der politischen Prioritäten. •



Julia Bousboa

0431 56 02 – 13

bousboa@paritaet-sh.org

Erster schleswig-holsteini-scher Kinderrechte-Gipfel

So geht Beteiligung!

Am 7. Juni war es so weit: Der erste schleswig-holsteinische Kinderrechte-Gipfel startete im Audimax der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Fast anderthalb Jahre lang hatten Kinder und Jugendliche die Veranstaltung von Grund auf selbst geplant und gestaltet, begleitet von Fachkräften des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein und unterstützt von einem breiten Bündnis aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Ein Beteiligungsprozess, der in dieser Form bundesweit einzigartig ist.

„Dieser Tag trägt die Handschrift von Kindern und Jugendlichen, genau deshalb ist er so besonders. Hätten Erwachsene allein geplant, sähe die Veranstaltung komplett anders aus“, so Sophia Schiebe, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes SH. „Junge Menschen haben bewiesen, was passiert, wenn man ihnen wirklich etwas zutraut und sie ernsthaft beteiligt: Es entsteht etwas Einzigartiges“, so Schiebe.

■ „Am tollsten war für uns, dass wir die Monsterchen selbst erfunden haben und dass die jetzt wirklich überall zu sehen sind!“

Kinder von 6 bis 13 Jahren und ihre Familien erlebten ein buntes Programm: eine Kinderrechte-Rallye mit Mitmach-Stationen, kreative Workshops vom Produzieren eines Kinderrechte-Songs über Geschichtenschreiben bis hin zu Bastel- und Bewegungsangeboten. Dass Fernsehmoderatorin und Autorin Clarissa Corrêa da Silva durch den Tag führt, ist ebenfalls ein Wunsch der Kinder und Jugendlichen selbst. Die Moderatorin freute sich: „Dass die Kinder sich mich als Moderatorin gewünscht haben, ist die schönste Einladung, die ich mir vorstellen kann. Ich fühle mich sehr geehrt, ein Teil von diesem besonderen Tag sein zu dürfen, denn er gehört den jungen Menschen und ich bin ehrlich gespannt, was sie uns alle lehren werden.

Meine wichtigste Empfehlung: Genau hinschauen und zuhören!“

Weitere Stars des Kinderrechte-Gipfels: die Kinderrechte-Monsterchen. Die Illustrationen haben Kinder der Planungsgruppe selbst entwickelt und ihnen den Namen gegeben. Jedes Monsterchen steht für ein Kinderrecht und zog sich als roter Faden durch den gesamten Tag, vom Veranstaltungsplakat über ein Theaterstück bis zur Kinderrechte-Rallye.

Zu den besonderen Highlights zählte das Theaterstück. Die Idee hierzu kam von den Kindern selbst, geschrieben und geprobt haben sie die Szenen gemeinsam mit einer Theaterregisseurin. In jeder Szene wird ein Kinderrecht verletzt. Die Kinderrechte-Monsterchen stehen den Kindern zur Seite und helfen, es durchzusetzen. Für Erwachsene bleiben die Monsterchen unsichtbar.

Die Teilnehmenden der Impulsgruppe-Kinder erzählen: „Wir finden es richtig gut, dass die Erwachsenen nicht einfach gemeint haben, die Kinder wollen es so und so – sondern uns wirklich gefragt haben. Wir durften wirklich mitbestimmen. Am tollsten war für uns, dass wir die Monsterchen selbst erfunden haben und dass die jetzt wirklich überall zu sehen sind!“

Ergänzt wurde das Eröffnungsprogramm durch einen Impuls der jugendlichen Planungsgruppe, der das Publikum ins Thema Kinderrechte mitnahm. Die Teilnehmenden der Impulsgruppe Jugend erklären: „Was diesen Prozess besonders macht: Wir mussten uns nicht an Strukturen der Erwachsenen anpassen. Kinder und Jugendliche haben hier auf Augenhöhe diskutiert und geplant – wirklich partizipativ, nicht symbolisch. Wer so beteiligt wird, merkt: Meine Stimme verändert wirklich etwas!“

Die Ergebnisse des Kinderrechte-Gipfels werden im Nachgang in einer gemeinsamen Erklärung zur Umsetzung der Kinderrechte in Schleswig-Holstein zusammengefasst. Veröffentlicht wird sie zum diesjährigen Weltkindertag am 20. September. •

Vernetzung gegen Ausgrenzung

Das Antidiskriminierungsnetzwerk im Haus der Kulturen

Als Anfang 2024 bekannt wurde, dass auf einem Treffen Rechtsextremer, unter anderem Mitgliedern der AfD, in Potsdam auch der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner seine Vorstellungen einer sogenannten „Remigration“ vorgestellt hatte, gingen bundesweit Hunderttausende Menschen auf die Straße. Auch in Lübeck beteiligte sich das Haus der Kulturen an den Demonstrationen, um sich klar gegen völkische und ausgrenzende Ideologien zu positionieren. Aus den Protesten erwuchs zugleich der Wunsch, die entstandene gesellschaftliche Energie zu nutzen. Es entstand das Bedürfnis nach einem dauerhaften Ort des Austauschs, der Vernetzung und der gegenseitigen Unterstützung. So wurde das Antidiskriminierungsnetzwerk ins Leben gerufen. Seitdem kommen einmal im Monat Akteur*innen aus Vereinen, Initiativen und anderen Bereichen der Zivilgesellschaft zusammen, um Strategien gegen autoritäre und menschenfeindliche Strömungen zu entwickeln. Im Mittelpunkt stehen dabei die Solidarität mit denjenigen Menschen, die von rassistischen und ausgrenzenden Ideologien betroffen sind, sowie die gegenseitige Ermutigung, sich nicht einschüchtern zu lassen und demokratische Werte zu verteidigen.

■ Dem Haus der Kulturen ist es dabei besonders wichtig, dass migrantische Perspektiven und Erfahrungen die Arbeit des Netzwerks mitprägen.

Die Themen und Herausforderungen haben seitdem nichts an Aktualität verloren. Im Gegenteil: Das menschenverachtende Konzept der sogenannten „Remigration“ hat sich zu einem gemeinsamen Bezugspunkt rechtsextremer Milieus und Parteien entwickelt. Gleichzeitig sind restriktive Migrationspolitiken und die Auslagerung von Geflüchteten in Drittstaaten zunehmend Teil des politischen Mainstreams in der Europäischen

Union geworden. Diesen Entwicklungen entgegenzutreten und demokratische sowie solidarische Gegenentwürfe zu stärken, bleibt eine wesentliche Motivation der Beteiligten.

Dem Haus der Kulturen ist es dabei besonders wichtig, dass migrantische Perspektiven und Erfahrungen die Arbeit des Netzwerks mitprägen. So wurden beispielsweise Veranstaltungen und Diskussionen zu „Antiziganismus“ gemeinsam mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma gestaltet. Beiträge aus der PoC-Community, etwa im Rahmen des Black History Month, eröffneten weitere Perspektiven auf Diskriminierungserfahrungen und gesellschaftliche Teilhabe. Zudem werden im Antidiskriminierungsnetzwerk zahlreiche Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen gemeinsam geplant und begleitet. Dazu gehören die Antirassistischen Kulturtage Lübeck im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus ebenso wie das jährliche Gedenken an die Deportation der Lübecker Jüdinnen und Juden, das gemeinsam mit Betroffenenverbänden oder auch der jüdischen Gemeinde in Lübeck sowie dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma in Schleswig-Holstein gestaltet wird. Der regelmäßige Austausch schafft darüber hinaus die Grundlage, um Gedenk- und Aktionstage wie den Weltflüchtlingstag oder den Internationalen Tag der Migrant*innen mit Veranstaltungen und Diskussionen für die Lübecker Öffentlichkeit sichtbarer zu machen.

Das Antidiskriminierungsnetzwerk versteht sich dabei nicht nur als Forum des Austauschs, sondern als Ausdruck einer aktiven und solidarischen Zivilgesellschaft. Es zeigt, dass demokratisches Engagement dann Erfolg hat, wenn Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen und zusammen für eine offene Gesellschaft eintreten.

Wer teilnehmen möchte, gerne vorab E-Mail an info@hausderkulturen.eu, wir treffen uns jeden zweiten Donnerstag im Monat um 17 Uhr im Haus der Kulturen. •

Der Kinderschutzbund
Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.
Sophienblatt 85, 24114 Kiel
0160 538 55 30
presse@kinderschutzbund-sh.de
www.kinderschutzbund-sh.de

Sonja Klüver
Haus der Kulturen
Parade 12, 23552 Lübeck
0451 755 32
sonja@hausderkulturen.eu

Maßnahmenpaket gegen digitale sexualisierte Gewalt

Der Fall Collien Fernandes hat das Thema digitale sexualisierte Gewalt in den öffentlichen Fokus gerückt. Ungefragtes Weiterleiten intimer Bilder, sexualisierte Belästigung, Deepfakes, Doxing oder Bedrohungen betreffen viele Frauen – auch in Schleswig-Holstein. Das Land hat Ende April mit einem Maßnahmenpaket reagiert, das Prävention, Hilfe und staatliche Handlungsfähigkeit stärker verzahnt.

Eine gemeinsame Kampagne mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen soll bestehende Hilfsangebote sichtbarer machen. Ein First-Aid-Flyer vermittelt erste Hilfe bei akuten Bedrohungslagen. Die seit März 2026 laufende Techniksprechstunde bietet flächendeckend technische Unterstützung für Betroffene und Beratungsstellen – ab 2027 dauerhaft finanziert. Das PETZE-Institut erhält ab 2027 zusätzliche Mittel, um Fachkräfte in Kitas, Schulen und Jugendarbeit zum Umgang mit digitaler Gewalt und KI-generierten Inhalten fortzubilden. Digitale Straftaten werden künftig gesondert in der polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesen. Die Landespolizei wird technisch und personell gestärkt: Die KI-gestützte Anwendung Griffeye wird flächendeckend ausgebaut, eine neue Massendatenanalyse-Plattform eingeführt und 18 zusätzliche Cyberanalyse-Stellen werden geschaffen – ergänzend zu rund 80 Stellen seit 2023. Polizei, Justiz und juristische Ausbildung erhalten erweiterte Fortbildungen. An Hochschulen wird ein unabhängiger Vertrauensrechtsbeistand für Betroffene von Machtmissbrauch und digitaler sexualisierter Gewalt eingerichtet. •

Wenn das System nicht passt: Queere Menschen im Gesundheitswesen

Hunderttausende Menschen in Deutschland sind trans*, inter* oder nicht binär (TIN) – und stoßen im Gesundheitssystem regelmäßig auf Hürden, die für sie zum Teil schwerwiegende Folgen haben. Ein Forschungsprojekt an der Universität Lübeck widmet sich genau diesen strukturellen Problemen.

Viele TIN-Personen müssen sich das nötige medizinische Wissen für eine Geschlechtsangleichung weitgehend selbst aneignen. Viele TIN-Patient*innen fühlen sich über die tatsächliche Beschaffenheit ihres Körpers von Mediziner*innen belogen – behandelt werden sie schlicht nach ihrem damaligen Personenstand. Solche Erlebnisse können psychisch belastend oder sogar traumatisch sein.

Dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, zeigt der Sonderforschungsbereich Sexdiversity der Universität Lübeck. Ein interdisziplinäres Team aus Jurist*innen, Ethiker*innen, Psycholog*innen, Mediziner*innen und Soziolog*innen untersucht systematisch, welchen Hürden queere Menschen im Gesundheits- und Rechtssystem begegnen. „Wir sehen eindeutig, dass das ein gesellschaftliches und strukturelles Problem ist, das aber auf einzelne Personen projiziert wird“, erklärt Forschungsmitglied Lena:Emil Kramheller.

Das Projekt setzt auf qualitative Interviews mit Betroffenen und strebt konkrete Veränderungen an – etwa durch Empfehlungen an das Justizministerium. Bis Ende 2027 läuft die Forschung. Für Wohlfahrtsverbände und Soziale Arbeit sind die Erkenntnisse bereits jetzt relevant: Beratungsangebote, sensibilisierte Fachkräfte und ein diskriminierungssensibler Blick auf queere Lebensrealitäten sind keine Extras – sie sind Teil eines menschenrechtsbasierten Versorgungsverständnisses. •

Engagement

Im Mai feierte das Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen (LaNeMo) sein dreijähriges Bestehen im Musicum in Kiel.



Maria Wiederhold

0431 56 02 – 71

wiederhold@paritaet-sh.org

Demokratie hautnah erleben

Freiwillige auf Bildungstour durch Berlin

Im April dieses Jahres waren wir im Zuge eines Bildungsseminars für unsere Freiwilligendienstleistenden eine Woche lang in Berlin. Dort hatten die Freiwilligen nicht nur die Gelegenheit, die bekannten Sehenswürdigkeiten der Stadt zu erkunden, sondern wurden von uns auch zu wichtigen Orten geführt, die bedeutend für unsere Demokratie sind. So kamen die Freiwilligen zu Beginn ihres Besuchs in der Hauptstadt nicht nur am Fernsehturm und am Brandenburger Tor vorbei, sondern konnten sich auch beim Auswärtigen Amt oder im Hauptstadtstudio des ARD über ihre politischen Werte und Wünsche austauschen. Es wurde beispielsweise während der Stadtrallye pantomimisch dargestellt, wie eine gute Außenpolitik aussehen kann, Menschen wurden am Brandenburger Tor befragt, was sie an der Demokratie schätzen, und die Gruppen schrieben ihre wichtigsten Werte einer Demokratieschließung mit Kreide auf die Gehwege.

■ **Wo gestalte ich bereits im Kleinen unsere Gesellschaft und wie kann aus meinen Handlungen Großes entstehen?**

Das Herzstück des Seminars war ein Besuch im Bundestag, bei dem wir nicht nur die Kuppel besuchen und im Paul-Löbe-Haus essen, sondern auch einer interessanten Aktuellen Stunde im Parlament beiwohnen durften. Anschließend war ein Gespräch mit dem schleswig-holsteinischen Abgeordneten Lorenz Gösta Beutin von der Partei Die Linke vorgesehen, denn durch dessen Besuchskontingent war es für uns möglich gemacht worden, diese erlebnisreiche Reise anbieten zu können. Leider musste er spontan eine Rede im Bundestag halten, sodass er nicht zum Gespräch zu Verfügung stand. Wir konnten stattdessen mit seinem Büroleiter sprechen und die Freiwilligen erhielten Antworten auf die meisten ihrer mitgebrachten Fragen.

Am letzten Tag vor der Abreise konnten die FSJler*innen dann selbst in die Rolle einer abgeordneten Person schlüpfen. Im Deutschen Dom bekamen wir erst eine Führung durch die parlamentshistorische Ausstellung und konnten uns dann in einem nachgebauten Plenarsaal auf die Sitze der verschiedenen Fraktionen verteilen. Aus jeder Fraktion konnte dann eine kurze Rede zum fiktiven Antrag, ein Mindestalter für Social Media einzuführen, gehalten werden. Nach und während den Reden gab es natürlich kräftigen Applaus aus den einzelnen Fraktionen.

Im Demokratieseminar konnten die Teilnehmenden politischen Diskussionen zuhören und sie selbst führen, sie konnten mit Politiker*innen sprechen und selbst in die Rolle schlüpfen, sie konnten sich über ihre Themen austauschen und an einem Vormittag selbstgeplante politische Aktionen in der Stadt durchführen.

Am Wochenende nach dem Seminar kamen weitere Freiwillige des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein nach Berlin, um sich beim Forum des PARITÄTISCHEN Gesamtverbands mit Freiwilligen aus anderen Bundesländern zu treffen. Dieses Forum findet alle zwei Jahre in Berlin statt. Wir können uns den Worten unserer Kolleg*innen der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) Niedersachsen nur anschließen: „Zwei bunte Tage mit hochmotivierten FSJler*innen und einem abwechslungsreichen Programm liegen hinter uns.“

Unter dem Motto *Hands on: positiv wirken, Spuren hinterlassen* fand am 24. und 25. April 2026 das PARITÄTISCHE Forum statt. Es trafen sich ca. 80 Freiwillige und Trägervertreter*innen. Die Hauptfrage war: Wo gestalte ich bereits im Kleinen, im Alltag, unsere Gesellschaft und wie kann aus meinen Handlungen Großes entstehen? Die „Radikalen Töchter“, Dr. Merk von „Mehr Demokratie e.V.“ und weitere Referent*innen leiteten die Freiwilligen in partizipativen Workshops an. Dabei entstanden kleine Projekte, die mutig gleich auf den Straßen Berlins getestet wurden. Vielen Dank für die Freistellung der FSJler*innen für dieses Wochenende!“ •



Yannick Schuries

0431 56 02 – 53

schuries@paritaet-sh.org

Incoming-Fachtage im Freiwilligendienst

Austausch und Empowerment für internationale Freiwillige

Die Incoming-Fachtage sind Bildungstage, die innerhalb des Freiwilligendienstes stattfinden. Sie richten sich an Freiwillige aus Drittstaaten, die während ihres Dienstes in Deutschland leben und arbeiten. In den regulären Seminargruppen sind viele von ihnen zurückhaltend, weil sie die deutsche Sprache noch nicht fließend beherrschen und sich dadurch unsicher fühlen. Die Incoming-Fachtage schaffen hier einen Raum des Vertrauens: Alle Teilnehmenden teilen die Erfahrung, Deutsch nicht als Muttersprache zu sprechen. Das ermöglicht einen offenen, gleichberechtigten Austausch, in dem sich alle trauen, Fragen zu stellen, Unsicherheiten zu benennen und sich ohne Druck einzubringen.

■ **Es ist beeindruckend zu erleben, wie Freiwillige, die sonst eher zurückhaltend sind, hier selbstbewusst ihre Perspektiven einbringen.**

In diesem Jahr haben wir die beiden Fachtage mit unterschiedlichen Schwerpunkten gestaltet, wobei der Fokus immer auf Austausch und gegenseitiger Unterstützung lag. Beim ersten Termin stand das Thema Heimat im Mittelpunkt. Ein kurzer Input leitete den Tag ein, bevor es in den direkten Dialog ging: Was bedeutet Heimat für mich? Wo fühle ich mich zu Hause? Über den Tag verteilt gab es immer wieder Phasen für Austausch zu kulturellen Unterschieden, aktuellen Herausforderungen und Strategien. Ein besonderes Erlebnis war das gemeinsame Mittagessen: Jede*r brachte eine Speise aus der Heimat mit, daraus entstanden ein vielfältiges Buffet und viele spannende Gespräche. Zum Abschluss erarbeiteten die Teilnehmenden gemeinsam eine Toolbox mit Strategien, um Herausforderungen im Alltag und im Freiwilligendienst zu meistern.

Nach einem Vierteljahr folgte der zweite Incoming-Fachtag, der sich der Politik und dem

Ausblick auf die Zukunft widmete. Es ging los mit einer spannenden Führung durch das Kieler Rathaus, die mit der beeindruckenden Aussicht vom Rathauturm abgerundet wurde. Im Anschluss gab es einen Input zu politischen Abläufen in Deutschland. Im Mittelpunkt stand erneut der Austausch: Wie geht es nach dem Freiwilligendienst weiter? Welche Hürden gibt es – und wie können wir uns gegenseitig unterstützen? Die Teilnehmenden tauschten sich über Pläne, Sorgen und Ideen aus und ermutigten sich gegenseitig, aktiv zu bleiben.

Die beiden Tage haben uns in diesem Jahr erneut gezeigt, wie wertvoll ein geschützter Raum ist, in dem Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zusammenkommen. Es ist beeindruckend zu erleben, wie Freiwillige, die sonst eher zurückhaltend sind, hier selbstbewusst ihre Perspektiven einbringen und eine schöne Dynamik entsteht. Die Incoming-Fachtage sind ein Angebot zur Vernetzung und Stärkung. Sie sollen die Teilnehmenden darin bestärken, dass sie nicht allein sind und sich aktiv in Seminare, bei der Arbeit und in die Gesellschaft einbringen können und dürfen. Gleichzeitig bieten sie die Möglichkeit, spezifische Herausforderungen wie Problematiken rund ums Visum sowie Diskriminierungserfahrungen zu thematisieren und gemeinsam Handlungsoptionen und Lösungsansätze zu entwickeln. Auch für uns als pädagogische Begleitungen sind diese Tage eine wichtige Gelegenheit zum Lernen: Wir erhalten Einblicke in die Themen, die die Freiwilligen aus Drittstaaten besonders beschäftigen, und können so unsere eigene Arbeit reflektieren, uns zu bestimmten Themen weiterbilden und mit anderen Trägern in den Austausch gehen. •



Antonia Bruns

0431 56 02 – 46

bruns@paritaet-sh.org

Zukunftslots*innen zu Besuch in der EUTB Schleswig



Nach längerer Zeit waren die Zukunftslots*innen Ende Mai wieder bei uns zu Besuch. Es kamen auch Vertreter*innen des Werkstatttrats der Schleswiger Werkstätten dazu, um sich über das Projekt der Zukunftslots*innen, aber auch über den Inhalt der Tätigkeit der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) hier vor Ort zu informieren.

Es wurde in einer lockeren Runde über alles Mögliche gesprochen, und dabei herrschte eine offene und zugewandte Art. So wurde das Kennenlernen erleichtert.

Da wir, Zukunftslots*innen und EUTB, Gemeinsamkeiten teilen, wollten wir unsere Erfahrungen austauschen. Da ist zum Beispiel die Beratung durch Betroffene, die durch ihre Erfahrungen im Umgang mit der eigenen Beeinträchtigung andere auf ihrem Weg unterstützen können.

Im Nachhinein haben wir dann noch einmal den Unterschied zwischen EUTB und Zukunftslots*innen besprochen. Die EUTB berät Ratsuchende regelmäßig zu Möglichkeiten der Unterstützung und zum Recht auf Teilhabe. Die Zukunftslot*sen begleiten und unterstützen bei der Planung der notwendigen Schritte bei wichtigen Veränderungen im Leben. Die Lotsentätigkeit ist ehrenamtlich, vorrangig sollen Menschen mit Behinderung für diese Aufgabe qualifiziert werden, die eigene Erfahrungen mit den Übergängen in der persönlichen Lebensplanung haben. Dafür erhalten die Zukunftslots*innen zuvor eine Schulung von der Diakonie Schleswig-Holstein. •



Alexander Markl
EUTB Schleswig
Lollfuß 48, 24837 Schleswig
0421 42 777 80
markl@paritaet-sh.org
www.teilhabeberatung.de

ZiKZaK - Verein für interkulturellen Austausch

Das ZiKZaK, Zentrum internationaler Kreativität – Zentrum aller Kulturen e.V., ist ein Verein für den interkulturellen Austausch zwischen Migrant*innen und Einheimischen. Ziel unseres Vereins ist es, Respekt und Verständigung zwischen den Menschen aus verschiedenen Ländern zu fördern.

Schwerpunkt unserer Veranstaltungen sind Kultur, Musik, Sprachen, Film, Foto, Internet, Kunst, Kennenlernen der neuen Heimat und internationale Begegnungen. Wir sind flexibel und bieten Raum für kreative Ideen. So finden Spielertreffen, eine Frauengruppe, ein Fotokurs und Lesungen statt.

Zum interkulturellen Austausch treffen wir uns regelmäßig ohne Tagesordnung im TiLO in Schleswig. Wenn du Lust auf einen weltoffenen, multikulturellen Austausch hast, lass uns hier Brücken zwischen den Kulturen bauen und zusammen die Welt ein bisschen bunter machen. Gäste sind willkommen! Der Verein ZiKZaK beteiligt sich auch regelmäßig aktiv an den interkulturellen Wochen in Schleswig.

Der Verein ZiKZaK setzt sein Projekt „Internationales Kochen und klönen“ auch 2026 fort. Dabei findet zweimal monatlich ein Treffen statt, bei dem die Gruppe gemeinsam internationale Gerichte zubereitet und anschließend isst.

Die ukrainische Gruppe führt wöchentlich ein Programm für Kinder und Jugendliche im Alter von 3 bis 16 Jahren durch, bei dem gespielt, gemalt, gebastelt und musiziert wird. Auch Musikunterricht findet dreimal im Monat statt. Bald gibt es eine Ausstellung mit einer Auswahl der Bilder der Kinder.

Im Sommer werden die Mitglieder von ZiKZaK einen Familientag im Freizeitpark Tolschau verbringen. Hier gibt es viel zu entdecken und man kann Spaß mit Karussellen, Achterbahn, Bootsfahrt, Trampolinen und Märchenwald haben. Auch Grillen ist geplant. •

Rose Sekoh
Zentrum internationaler Kreativität – Zentrum aller Kulturen e.V. (ZiKZaK e.V.)
Siedlung Alter Krug 2, 24860 Böklund
0160 831 12 12
zikzak@posteo.de
www.zikzak-schleswig.de

Gelebte Teilhabe statt Ausgrenzung

Wie die Events von kulturgrenzenlos e.V. Menschen in Kiel zusammenbringen

Wie gelingt gesellschaftliche Teilhabe in einer Zeit, in der sich viele Menschen einsam oder ausgegrenzt fühlen und es bei vielen existierenden Angeboten teils hohe Zugangsbarrieren gibt? Oft fehlt es an Begegnungsmöglichkeiten, die allen offenstehen und niedrigschwellig Menschen zusammenbringen. Der Kieler Verein kulturgrenzenlos versucht sich daran, mit seinen Veranstaltungen Räume für Menschen mit und ohne Migrations- und/oder Fluchterfahrung zu schaffen, in denen sich alle Teilnehmenden in ihrer Freizeit auf Augenhöhe begegnen können. So ist in der Alten Mu über zehn Jahre ein Ort entstanden, der Gemeinschaft erlebbar macht und das Entstehen neuer Freundschaften und Netzwerke ermöglicht.

Aus den gemeinsamen Aktivitäten und Gesprächen entstehen Bekanntschaften, aus Bekanntschaften Freundschaften

Das Besondere an den regelmäßigen Events von kulturgrenzenlos ist, dass diese das ganze Jahr über wöchentlich stattfinden und dabei für die Teilnehmenden stets kostenlos sind. Zudem ist das Angebot überaus vielfältig und die Veranstaltungsräume sind barrierefrei zu erreichen. So soll gewährleistet werden, dass für möglichst viele Menschen etwas dabei ist. Im Veranstaltungskalender finden sich alle regelmäßigen Aktivitäten wie Tischtennis, Yoga, Qi Gong, Beachvolleyball oder internationale Tanzangebote. Hinzu kommen Kochveranstaltungen, Workshops, Community-Treffen oder Sprachcafés als wichtige Möglichkeiten, Deutschkenntnisse in entspannter Atmosphäre zu vertiefen und gleichzeitig neue Kontakte zu knüpfen. Alle Veranstaltungen stehen allen Interessierten offen. So entstehen Begegnungsmöglichkeiten, die unabhängig von Einkommen, Herkunft oder anderen Zugangsbarrieren wahrgenommen werden können.

Gerade die beschriebene Niedrigschwelligkeit ist dem Verein ein besonderes Anliegen. Wer neu in Kiel ist, die deutsche Sprache noch lernt oder sich bislang schwergetan hat, Anschluss zu finden, muss keine besonderen Voraussetzungen erfüllen, um an den Events teilzunehmen. Raphaela kommt aus Brasilien und ist erst seit wenigen Wochen in Kiel. Sie war als Teilnehmerin bereits bei vielen verschiedenen Events mit dabei und betont: „Die Veranstaltungen haben mir sehr dabei geholfen, mich hier schnell wohlfühlen. Ich habe bereits einige neue Leute über kulturgrenzenlos kennengelernt und am Wochenende geht's sogar gemeinsam auf die KiWo!“ Die Teilnehmenden werden von den Mitarbeitenden des Vereins ermutigt, einfach mal vorbeizukommen – in der Regel ist das ohne Anmeldung möglich – und Spaß zu haben. Bei den Veranstaltungen ist die angebotene Aktivität stets verknüpft mit informellem Austausch. Ob beim Sport, Kochen oder Tanzen – die Teilnehmenden kommen bei den Formaten oft viel leichter miteinander ins Gespräch als zum Beispiel bei einem Sprachkurs. Aus den gemeinsamen Aktivitäten und Gesprächen entstehen häufig Bekanntschaften, aus den Bekanntschaften manchmal auch Freundschaften. Was durch die Events ebenfalls angeregt wird, ist die intrinsische Motivation einiger Teilnehmenden, sich auch persönlich gesellschaftlich zu engagieren. Ihnen wird etwa die Möglichkeit geboten, Events mitzugestalten, sich ehrenamtlich vielfältig einzubringen oder die Vorstandsarbeit des Vereins zu bereichern. Das stärkt wiederum Selbstwirksamkeit, Verantwortungsbewusstsein und das Gefühl, Teil der Kieler Stadtgesellschaft zu sein. Diese wird dadurch insgesamt noch bunter und vielfältiger und um viele Perspektiven und engagierte Menschen reicher. Möglich ist diese Angebotspalette neben viel Ehrenamt durch verschiedene Förderungen, wie zum Beispiel vom Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“. •

Robert Gerzmann
kulturgrenzenlos e.V.
Alte Mu
Lorentzendam 6–8, 24103 Kiel
0177 467 09 67
info@kulturgrenzenlos.de

Wie Projektverzahnung Engagement, Hilfsangebote und Dritte Orte verbindet

Einblicke von Umwelt Technik Soziales e.V.

Umwelt Technik Soziales e.V. unterstützt mit dem Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ seit 2016 Personen, die Kontakte gegen Einsamkeit suchen, Orientierung und Begleitung benötigen, Deutsch lernen oder sich weiterbilden möchten. Gelungene Patenschaften führen zur Teilhabe für Mentor*innen und Mentees, ebnen aber insbesondere auch den Weg zum eigenen Engagement, nicht selten werden aus Mentees später Mentor*innen.

In Eckernförde haben wir das Angebot räumlich erweitert und erleben den Mehrwert der Verzahnung von Projekten, Angeboten, Orten und Menschen. Mit der Agentur für regionale Dienstleistungen, der Pro Regio gGmbH, bietet UTS die Teilhabe am „Dritten Ort für Alle“ an.

■ **Durch das Wechselspiel von Aktivitäten und Unterstützung ist niemand „nur“ Hilfeempfänger*in, sondern immer auch im selbstwirksamen Handeln.**

Die Agentur vereint Aktionen und Angebote, um Menschen in ihren Fähigkeiten zu bestärken und Alltagshilfe zu bieten. Im Rahmen der durch die Jobcenter geförderten Arbeitsgelegenheiten finden in der Sozialküche und den Repaircafés für Textilien und Fahrräder diverse Menschen zusammen: unabhängig von Herkunft, Armutsbetroffenheit und Sprachkenntnis. Die Beschäftigung im Team und die offene Begegnung am Standort bringt die Teilnehmenden enger zusammen, sodass oft leichter Probleme und Sorgen geteilt werden und Anteilnahme füreinander natürlich entsteht. Wir erleben, wie Menschen mit Sprachbarrieren wöchentlich den neu erlernten deutschen Wortschatz mit muttersprachlich deutschen Kolleg*innen üben. Sucht jemand eine Mitfahrgelegenheit, sind Kolleg*innen schnell zur Stelle und bislang unbekannte Gerichte werden gerne probiert, Lieblingsgerichte miteinander geteilt.

Neben den Arbeitsgelegenheiten gibt es das Sozialkaufhaus, in dem zahlreiche Ehrenamtliche unterstützen. Nicht selten wird ein*e Ehrenamtler*in zu Rate gerufen, um etwas auf Russisch zu übersetzen. Sprachliche Barrieren führen nicht zum Gesprächsende, sondern es wird eine gemeinsame Lösung gesucht.

Auch in der Kinder- und Jugendhilfe sind Mitarbeitende tätig, unterstützen die Kinderbetreuung in ausgewählten Grundschulen. Die Teams sind oft in festen Konstellationen tätig und leben die Teamorientierung auch nach Schichtende. Eine Kollegin begleitet einen anderen Kollegen mit Sprachbarriere zum Arzttermin oder bei behördlichen Angelegenheiten, es wird bei Sorgen Rücksicht aufeinander genommen.

Finden sich in diesem Setting Tandems und wollen Zeit miteinander verbringen oder gemeinsam lernen, kommt „Menschen stärken Menschen“ hinzu. In unseren Räumen werden Beziehungen aufgebaut, begleitet, gefestigt, gemeinsame Zeit wird ermöglicht. Wir merken oft, dass Teilnehmende unseren Hof noch weit über ihre Teilnahmezeit hinaus besuchen und gerne unter die Arme greifen.

Als sogenannter Dritter Ort bietet der Standort Schutzraum und Wertschätzung, wodurch er zu einer besonderen Anlaufstelle wird. Die Projekte sind durch die Teams und Kontakt mit Besuchenden ein Begegnungsort von vielen verschiedenen Personen und fördern soziale Teilhabe und Integration in alle Richtungen. Es entstehen tiefe soziale Beziehungen, die sichtlich das Gefühl von Einsamkeit senken und alle Teilnehmenden darin bestärken, niedrigschwellige Angebote als Potenzial zu leben. In gelungenen Patenschaften erleben wir, wie wertvoll eine vertrauensvolle Unterstützung als Alltagshilfe im Integrationsprozess ist. Durch das Wechselspiel von Aktivitäten und Unterstützung ist niemand „nur“ Hilfeempfänger*in, sondern immer auch im selbstwirksamen Handeln. •

Was macht eine starke Gemeinschaft aus?

Das Wir-Gefühl der Selbsthilfe

Wer wissen möchte, was die Selbsthilfe gemeinsam bewegt, schaut nach Hamburg. Unter dem Motto „Selbsthilfe: Motor und Halt in bewegten Zeiten – Wegmarken für eine gesunde Zukunft“ fand hier die diesjährige Selbsthilfe-Fachtagung der DAG SHG (Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.) statt. Ein Ort, der Begegnungen von Aktiven in der Selbsthilfe schafft und an dem die Werte und Stärken der Selbsthilfe besonders sichtbar werden: Vielfalt, Offenheit, Wertschätzung und Akzeptanz. Wichtige Qualitäten, die gesellschaftspolitisch von so großer Bedeutung sind.

Neben einem vielseitigen Fachinput zieht sich eine zentrale Frage durch den Fachtag: „Was macht eine starke Gemeinschaft aus?“; und auch weitergedacht: „Wie lässt sie sich fördern?“. Das vereinende Wir-Gefühl, das an den Tagen stark zu spüren ist, zeigt sich nicht nur in den Austauschen, sondern auch im Hochhalten und Verteidigen der Grundwerte und Prinzipien der Selbsthilfe: Gemeinschaftliche Selbsthilfe ist zivilgesellschaftliches Engagement und gelebte Demokratie. Sie zeichnet sich durch die Vielfalt der Menschen aus, die sich mit Wertschätzung, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Toleranz begegnen und gegenseitig unterstützen.

■ **Welche Rolle haben wir als Selbsthilfekontaktstelle im Kontext menschenfeindlicher Strömungen?**

In der Selbsthilfe haben menschen- und demokratiefeindliche Strömungen keinen Platz. Und dass das klare Bekenntnis hierzu und der Widerstand gegen genau solche Strömungen auch in der Selbsthilfe wichtig sind, unterstreicht die 2024 durchgeführte Befragung der NAKOS. Die NAKOS hat untersucht, welche Erfahrungen Mitarbeitende von Selbsthilfe-Unterstützungseinrichtungen mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit

bereits gemacht haben. Erfragt wurden konkrete Erfahrungen der Mitarbeitenden selbst und auch solche, die über Selbsthilfeaktive an sie herangetragen wurden. „Von den 140 teilnehmenden Einrichtungen berichteten 72 (51 Prozent) von Vorfällen mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit. 68 (49 Prozent) Einrichtungen gaben an, dass keine Vorfälle bekannt sind“ (NAKOS 2024). Es wird deutlich: Rund jede zweite Person hat Erfahrungen mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit gemacht.

Um dem zu begegnen hat die DAG SHG 2025 Handlungsempfehlungen für Selbsthilfekontaktstellen erarbeitet. In „Vielfalt bewahren – Grenzen finden“ werden Fragen aufgegriffen, die zur Reflexion der eigenen Haltung und Rolle anstoßen. So zum Beispiel: „Welche Rolle haben wir als Selbsthilfekontaktstelle im Kontext menschenfeindlicher Strömungen?“; und auch: „Wo sind unsere Grenzen als Selbsthilfekontaktstelle?“; und: „Wie sensibilisiere ich Kolleg*innen/Mitarbeitende für das Thema?“.

Auch konkrete Handlungsstrategien werden vorgestellt. Vier Bereiche bieten einen tieferen Einstieg und geben hilfreiche Impulse und Übungsbeispiele für die eigene Praxis: gemeinsame Grundlagen schaffen, zum Beispiel durch die Erstellung eines klaren Leitbildes; Haltung entwickeln und wahren und das konkret durch die regelmäßige Reflexion; Gesprächsbereitschaft zeigen und Themen ansprechen durch gezieltes Nachfragen („Wie hast du das gemeint?“) und auch durch das Zeigen von Emotionen („Das macht mich betroffen“); Kompetenzen erwerben und austauschen durch professionelle Unterstützung und praxisorientierte Fortbildungen.

Nur durch eine klare Positionierung, eine starke Gemeinschaft und ein gelebtes Wir lassen sich die Werte der Selbsthilfe hochhalten und über die Selbsthilfe hinausragen. •



Handreichung der DAG SHG



Ergebnisse der NAKOS-Befragung 2024



Positionspapier der DAG SH



Janna Hansen

0431 56 02 – 82

hansen@paritaet-sh.org

Förderung

Neustart nach der Pause



Aktion Mensch reformiert ihre Förderung

Es war eine ungewöhnliche Stille. Wer im Herbst 2025 einen Förderantrag bei der Aktion Mensch stellen wollte, stieß auf geschlossene Türen. Zum 19. September 2025 setzte Deutschlands größte private Förderin sozialer Projekte die Antragsannahme in einem Großteil ihrer Programme aus. Der Grund: Das Erfolgsmodell war an seine Grenzen gestoßen. Die Zahl der Anträge war in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen – so deutlich, dass Bearbeitungszeiten auf mehrere Monate anwuchsen, bewilligte Projekte kaum noch zeitnah begleitet werden konnten und das Team zunehmend an seine Kapazitätsgrenzen stieß.

Doch die Pause war kein Rückzug, sondern ein Anlauf. Die Aktion Mensch nutzte die Zeit für eine grundlegende Reform: Vergaberichtlinien, Antragsverfahren und das gesamte Förderportfolio wurden neu gedacht. Anträge sollen künftig nicht mehr fortlaufend eingehen, sondern in festen Zyklen gesammelt und gemeinsam bewertet werden – mehr Transparenz, mehr Vergleichbarkeit, weniger Bürokratie auf beiden Seiten, so die Absicht dahinter.

Durchgehend geöffnet blieben während der Pause lediglich die Pauschalförderung „Ferienreisen“, die Pauschalförderung „Bildungsveranstaltungen“, die Projekt- und Investitionsförderung „Wohnen für 2 bis 8 Personen“ sowie die Mikroförderung zum Protesttag am 5. Mai.

Zwei neue Angebote ab September 2026

Zum 1. September 2026 startet die Antragstellung für zwei neue Förderangebote. Beide folgen einem gemeinsamen Grundgedanken: Begegnung schafft Gemeinschaft – und Gemeinschaft verändert etwas.

„Sport und Kultur vor Ort – Miteinander Begegnung schaffen“ setzt auf Sport, Theater, Musik und Kunst als Orte des Miteinanders. In Quartieren, Dörfern, Städten und Stadtteilen sollen inklusive Projekte entstehen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung zusammenkommen. Der entscheidende Unterschied zu vielen bisherigen Ansätzen: Menschen mit Behinderung bringen ihre Ideen ein und gestalten Angebote aktiv mit – nicht als Gäste, sondern als Mitgestaltende. Wo nötig, mit Unterstützung. Die Wirkung soll über das Projekt hinaus bestehen bleiben, Vorurteile sollen verschwinden, Zugehörigkeit soll wachsen.

„Junge Menschen stärken“ richtet sich an 12- bis 24-Jährige, deren Teilhabe und Beteiligung eingeschränkt sind. Die Förderidee dahinter ist klar formuliert: Junge Menschen sollen erleben, dass ihr Handeln etwas bewirken kann – für sich selbst und für andere. Gefördert werden inklusive und partizipative Freizeitprojekte, die Beteiligung ermöglichen und Selbstvertrauen stärken. Junge Menschen bringen ihre eigenen Ideen ein, gestalten Projekte mit und übernehmen Verantwortung. Das stärkt nicht nur die Einzelnen, sondern schafft ein respektvolles, vielfältiges Miteinander.

Auch andere Soziallotterien haben Pause

Die Aktion Mensch ist nicht allein. Auch die Deutsche Postcode Lotterie nimmt derzeit keine weiteren Förderanträge entgegen – die Nachfrage übersteigt das verfügbare Budget bei Weitem. Die Stiftung Deutsches Hilfswerk (Deutsche Fernsehlotterie) nimmt ebenfalls nur noch eingeschränkt Anträge an. Beide informieren auf ihren Websites über den jeweiligen Stand. Die Beratung erfolgt dort direkt – nicht über den PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein.

Hinweis für Mitgliedsorganisationen

Sobald die Antragstellung bei der Aktion Mensch wieder geöffnet ist und die Beratung wieder aufgenommen werden kann, informiert der PARITÄTISCHE SH über seinen Newsletter. •



Volker Behm
0431 56 02 – 58
behm@paritaet-sh.org



Kamal Jehia
0431 56 02 – 30
jehia@paritaet-sh.org

Soziale Arbeit

In Kiel betreibt die Brücke SH unter anderem das Stadtteilrestaurant fleet, ein Angebot der Starthilfe Kiel.



Wir laden ein zu unseren Veranstaltungen



Link zum Fortbildungskatalog

Ausgewählte Fortbildungen im Veranstaltungskatalog des PARITÄTISCHEN SH:

Diversität in der Kita – Vielfalt anerkennen

21. August 2026, Kiel, durchgeführt von Der Kinderschutzbund – Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Online-Workshop „Fakten, Haltung, Wirkung: Als Zivilgesellschaft Verschörungserzählungen souverän begegnen“
8. September 2026, 15:00–19:00 Uhr, online, durchgeführt vom PARITÄTISCHEN SH

Mehrsprachigkeit in der unterstützten Kommunikation
9. September 2026, 19:30–21:00 Uhr, online, durchgeführt vom Landesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen SH

Diskriminierung von FLINTA*-Personen auf dem Arbeitsmarkt
14. September 2026, 10:00–14:00 Uhr, Kiel, durchgeführt vom Frauennetzwerk zur Arbeitssituation Kiel e.V.

DigitalPakt Alter: Digitale Brücken bauen
22. September 2026, 10:00–14:00 Uhr, Kiel, durchgeführt von der Alzheimer Gesellschaft Schleswig-Holstein e.V. / Selbsthilfe Demenz

Schutzkonzepte in pädagogischen Institutionen
8. Oktober 2026, 9:00–16:00 Uhr, Kiel, durchgeführt von Der Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein e.V.



Joanna Czerniawski
0431 56 02 – 21
czerniawski@paritaet-sh.org

Leise & stark – Introversion im Arbeitsleben

11. November 2026, 15:00–18:00 Uhr, Flensburg, durchgeführt vom Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.

Kostenfreie Fortbildungen und Veranstaltungen im Rahmen der Verbändekooperation mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW):

Sprechstunde „Finanzierung“ mit der BGW: Zuschüsse zu Fahrsicherheitstraining und Erste-Hilfe-Kursen
16. September 2026, 11:00–12:00 Uhr, online

Schulung Betriebliche Sicherheitsbeauftragte für soziale Einrichtungen
1./2. Oktober 2026, 9:00–13:00 Uhr, online

Arbeitssicherheit als Führungsaufgabe – Überblick über Pflichten und Möglichkeiten im Arbeitsschutz
25. November 2026, 9:00–13:00 Uhr, online

Sprechstunde mit der BGW: Betriebsärztliche & sicherheitstechnische Betreuung
8. Dezember 2026, 13:00–14:00 Uhr, online

Mehr Infos und die Anmeldemöglichkeit:
www.paritaet-sh.org

Sonderaktion Personalabrechnung bei PariSERVE

Einrichtungskosten sparen

Die Auslagerung Ihrer Personalabrechnung soll sich von Anfang an rechnen. Deshalb bieten wir jetzt eine attraktive Sonderaktion: Starten Sie mit PariSERVE – ohne Einrichtungskosten. Wer sich bis zum 30. September 2026 entscheidet, seine Personalabrechnung an PariSERVE zu übergeben, spart die kompletten Kosten für die Personalstammdateneinrichtung.

Wir übernehmen Ihre Personalabrechnung zuverlässig, termingerecht und rechtssicher. Dabei profitieren Sie von klar strukturierten Prozessen, modernen digitalen Lösungen und fachlich versierten Ansprechpersonen, die die Anforderungen sozialer Organisationen genau kennen. So gewinnen Sie wertvolle Zeit und entlasten Ihre internen Ressourcen – für das, was im Alltag wirklich zählt: Ihre Arbeit für Menschen. Ob kleine Einrichtung oder größerer Träger: Wir passen unsere Leistungen flexibel an. Ihre Vorteile auf einen Blick:

- keine Einrichtungskosten im Rahmen der Sonderaktion
- persönliche Betreuung durch erfahrene Expert*innen
- hohe Fachkompetenz in der Sozialwirtschaft
- transparente Abläufe und moderne Abrechnungssysteme
- spürbare Entlastung für Ihre Mitarbeitenden

Unser Angebot gilt auch für soziale Organisationen, die ihre Personalabrechnung bereits ausgelagert haben, jedoch gern zu PariSERVE wechseln möchten. Sie können den Wechsel heute schon planen und die Vorteile der Kundenaktion nutzen. Nutzen Sie jetzt die Gelegenheit, Ihre Personalabrechnung neu aufzustellen – effizient, sicher und wirtschaftlich. Sichern Sie sich die Sonderkonditionen und starten Sie mit einer starken Partnerin. •

Astrid Elmentaler
PariSERVE, Verbandliche Kommunikation
0431 5 37 38 – 14
a.elmentaler@pariserve.de
www.pariserve.de/einkaufsgemeinschaft

Termine der Selbsthilfe-Akademie

Hier finden Sie eine Übersicht aller kommenden Veranstaltungen der Selbsthilfe-Akademie. Zusätzlich bieten wir auch Beratung und Workshops für Selbsthilfeorganisationen und -gruppen an. Ihnen fehlt ein Thema oder Sie haben eine konkrete Idee für eine Veranstaltung? Dann reichen Sie gerne Vorschläge ein.

Konflikte in der Selbsthilfegruppe und ihre Bearbeitung durch Supervision
4. September 2026, 9:30–16:00 Uhr, Kiel

SHA Zukunftsforum „Gemeinsam wirksam – erfolgreiche Kooperationen mit der Selbsthilfe“
11. September 2026, 10:00–15:45 Uhr, Kiel

Mit Verlusten von eigenen Fähigkeiten leben – Abschied nehmen und neue Wege gestalten
19. September 2026, 9:30–16:00 Uhr, Plön

Offen für alle – aber nicht für alles. Demokratische Haltung in der Selbsthilfe
8. Oktober 2026, 16:00–19:00 Uhr, online

Ich habe Stress und keiner sieht's
27. Oktober und 3. November 2026, 17:00–19:00 Uhr, online

Datenschutz für Selbsthilfegruppen
10. November 2026, 16:30–18:30 Uhr, online



Selbsthilfe-Akademie Schleswig-Holstein
im PARITÄTISCHEN SH
Zum Brook 4
24143 Kiel
0431 56 02 – 93
www.selbsthilfe-akademie-sh.de



Janna Hansen
0431 56 02 – 82
hansen@paritaet-sh.org



Ina Müller
0431 56 02 – 33
mueller@paritaet-sh.org

Gemeinsam schaffen WirWunder.

Jetzt
entdecken!



**Sei von Anfang an dabei:
Mit deinem Projekt oder
deiner Spende!**

WirWunder – das neue **Online-Forum**,
das gemeinnützige Projekte aus
Schleswig-Holstein mit Spenderinnen
und Spendern zusammenbringt.

wirwunder.de/sh

Weil's um mehr als Geld geht.



WIRWUNDER



Das Forum für Gemeinwohl der
Sparkassen in Schleswig-Holstein.

Wir Schnacken sozial

... mit Boy Büttner, der gerade sein 15-jähriges Dienstjubiläum beim **PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein** gefeiert hat. In diesen Jahren hat er verschiedene Perspektiven eingenommen: als Teamleitung, Stabsstelle Digitalisierung und in verschiedenen Projekten.

Ich arbeite beim **PARITÄTISCHEN SH** aus der Motivation heraus, dass gute und innovative Soziale Arbeit in unseren Mitgliedsorganisationen möglich ist. Da besorgen mich natürlich insbesondere die leeren Staatskassen und die hohen Umfragewerte der AFD. Was mich vor allem in meiner Rolle als Stabsstelle Digitalisierung beschäftigt, sind die Themen Verwaltungsdigitalisierung und das Thema KI – bei Letzterem sehe ich viele Chancen für die Soziale Arbeit, befürchte aber auch weitere negative Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander, die mit der neuen Technologie vermutlich einhergehen werden: noch mehr Vereinzelung, eine krasse Machtkonzentration auf wenige Menschen, wirtschaftliche Umbrüche und Jobverluste in einigen Branchen. In Bezug auf das Thema Verwaltungsdigitalisierung beschäftigt mich die Frage, wie ein digitaler(er) Staat alle Menschen mitnehmen kann.

Boy Büttner
PARITÄTISCHER SH



Ganz allgemein wünsche ich mir, dass den demokratischen Parteien und Politiker*innen eine wertebasierte, zukunfts-gewandte und vor allem wirksame Politik gelingt. Der Staat sollte Rahmenbedingungen schaffen, durch die (insbesondere ameri-kanische) Digitalkonzerne nicht auf Kosten unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts ihre Profite maximieren können. Vom Land SH wünsche ich mir momentan besonders, dass ihm eine Verwaltungsdigitalisie-rung gelingt, die alle Bürger*innen mitnimmt. Dazu gehört zum Bei-spiel, dass Bürger*innen zukünftig niedrigschwellig Unterstützung durch „echte Menschen“ bei der Beantragung von Verwaltungsleistungen in den Bürgerämtern bekommen, wenn sie mit dem digitalen Weg nicht klar-kommen.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Was treibt Sie gerade um?

Ich lese ak-tuell den Roman *Knochen-kälte* von Simon Beckett und das Fachbuch *Das Verunsicherungsbuch* von Klaus Eidenschink.

Was lesen Sie gerade?

Neuigkeiten aus dem Verband

Neue Mitgliedsorganisationen

**Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
Ahrensburg e. V.**
Reesenbüttler Redder 38, 22949 Ammersbek
04102 824 96 55
vorsitz@ahrensburg.dlrg.de
www.ahrensburg.dlrg.de

**Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
Plön e. V.**
Bürgermeister Kinder Straße 15, 24306 Plön
01520 865 32 51
1.Vorsitzender@ploen.dlrg.de
www.ploen.dlrg.de

**Verein der Freunde der
Johann-Hinrich-Fehrs-Schule e. V.**
Wilhelmstraße 8-16, 24534 Neumünster
04321 942 53 10
info@jhfs.neumuenster.de
www.fehrsschule.de

Rasselbande Elmschenhagen e. V.
Im Dorfe 1, 24146 Kiel
0431 785 88 49
leitungrasselbande@gmx.de
www.rasselbande-kiel.de

**Deutsch-Ukrainischer Landesverband
Schleswig-Holstein e. V.**
Sophienblatt 88-90, 24114 Kiel
0157 523 476 96
info@dulv-sh.de
www.dulv-sh.de

Neue Mitarbeiter*innen



Danilo Bauer
Fachreferat | Eingliederungshilfe
d.bauer@paritaet-sh.org



Antonia Bruns
Bildungsreferat | Freiwilligendienste
bruns@paritaet-sh.org

PariSERVE
Dienstleistungen für
soziale Organisationen

SONDERAKTION
bis 30.09.2026*
Einrichtungskosten
komplett einsparen!

*Bis zum 30.09.2026 entscheiden – dann entfallen die kompletten Kosten für die Einrichtung Ihrer Personalstammdaten.

PariSERVE - IHR DIENSTLEISTER IM PARITÄTISCHEN für Personalabrechnung

PariSERVE-Leistungen

- Komplette Personalabrechnung unter Berücksichtigung der Stammdaten- und Entgeltänderungen sowie Krank- und Ausfallzeiten
- Archivierung der Lohnunterlagen
- Weitergabe von Meldedaten an Finanzamt, Berufsgenossenschaft, Krankenkasse(n) und ZVK
- Versand der monatlichen Lohnunterlagen mit allen relevanten Auswertungen sowie Zahlungsdatei(en)
- Lohnjournal, Kostenstellenauswertungen und Fibu-Buchungsjournal

Starke
Basisleistungen

Flexible
Zusatzleistungen

Maximale
Sicherheit

Kein Personal-
ausfallrisiko

Feste Ansprech-
personen

T 0431 5 37 38-44
info@pariserve.de
www.pariserve.de



Ihre Einrichtung perfekt abgesichert

Ihr Versicherungsmakler für die Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen unter dem Dach des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V.



Ein Unternehmen
des Paritätischen

 DER PARITÄTISCHE

Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des Paritätischen Schleswig-Holstein

- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

Mehr erfahren unter www.union-paritaet.de

✉ alexander.knarr@union-paritaet.de • ☎ +49 40 238883-63